



KANTON SCHAFFHAUSEN

FINANZPLAN

VORLAGE DES REGIERUNGSRATES VOM 8. SEPTEMBER 2009

2010-2013

VORLAGE DES REGIERUNGSRATES VOM 8. SEPTEMBER 2009

09-60

FINANZPLAN 2010 – 2013

**BERICHT DES REGIERUNGSRATES DES KANTONS SCHAFFHAUSEN
AN DEN KANTONSRAT ÜBER DIE VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG
DER KANTONSFINANZEN IN DEN JAHREN 2010 – 2013**

INHALTSVERZEICHNIS FINANZPLAN 2010 – 2013

Vorbemerkung	4
I. Rückblick	5
1. Die Haushaltentwicklung in den Jahren 2004 – 2008	5
2. Gesamtübersicht der Verwaltungsrechnung 2004 – 2008	6
3. Aufwand nach Sachgruppen 2004 – 2008	7
4. Ertrag nach Sachgruppen 2004 – 2008	8
5. Entwicklung der Nettolast 1999 – 2008	8
6. Pensenentwicklung 1998 – 2009	9
II. Rahmenbedingungen	10
III. Finanzplan 2010 – 2013	12
1. Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit	12
2. Verkehr	14
3. Finanzen und Steuern	20
4. Bildung	24
5. Gesundheit	28
6. Soziale Wohlfahrt	32
7. Gesellschaft, Kultur und Sport	34
8. Sicherheit	36
9. Siedlungsentwicklung und Umwelt	38
10. Verwaltung, Gemeinden und Aussenbeziehungen	40
11. Zusammenfassung	44
– Aufwand nach Funktionen 2009 – 2013	44
– Ertrag nach Funktionen 2009 – 2013	45

IV.	Laufende Rechnung 2009 – 2013 nach Sachgruppen	46
1.	Aufwand nach Sachgruppen 2009 – 2013	46
2.	Ertrag nach Sachgruppen 2009 – 2013	49
V.	Bestandesrechnung	50
VI.	Übersichten	51
1.	Gesamtergebnis	52
2.	Entwicklung der Bilanz	53
3.	Nettoinvestitionen und Investitionsbeiträge	54
4.	Entwicklung der Investitionsrechnung	57
5.	Entwicklung der Nettolast 2001 – 2013	57
VII.	Schlussbemerkungen und Beurteilung	58

VORBEMERKUNG

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen hiermit den Bericht über die voraussichtliche Entwicklung der Kantonsfinanzen in den Jahren 2010–2013 zur Kenntnisnahme.

Gemäss Art. 63 Abs. 2 der Kantonsverfassung (KV, SHR 101.000) und Art. 33 des Finanzhaushaltgesetzes (FHG, SHR 611.100) erstellt der Regierungsrat zu Beginn einer Amtsperiode beziehungsweise periodisch einen Finanzplan, der dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht wird. Der Finanzplan gibt gemäss Art. 33 FHG einen Überblick über die mutmassliche Entwicklung von Aufwand und Ertrag der Laufenden Rechnung, der mutmasslichen Entwicklung des Personalbestandes und der laufenden und künftigen Investitionen. Er enthält eine Schätzung über den Finanzbedarf und die Finanzierungsmöglichkeiten und gibt Auskunft über die Entwicklung des Vermögens und der Verschuldung. Der Finanzplan beurteilt die finanzielle Entwicklung zu einem bestimmten Zeitpunkt im Rahmen einer rollenden Planung und stellt somit ein Führungs- und Orientierungsmittel für die mittelfristige Finanzplanung dar. Im Gegensatz zu Voranschlag und Rechnung können mit dem Finanzplan Tendenzen, Entwicklungen und Massnahmen in einer mittelfristigen Planung aufgezeigt werden. Rechtliche Verbindlichkeit kommt dem Finanzplan indessen nicht zu.

Grundlage für die Erstellung des Finanzplanes 2010–2013 ist die Legislaturplanung (vgl. Bericht und Antrag an den Kantonsrat betreffend Legislaturprogramm 2009–2012 mit Rechenschaftsbericht 2005–2008). Die dort festgelegten strategischen Ziele und Massnahmen für die operative Umsetzung beziehungsweise deren finanzielle Auswirkungen in den Planjahren wurden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten in den Finanzplan aufgenommen. «Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten» bedeutet, dass teilweise Abstriche, Verschiebungen oder der Verzicht auf im Legislaturprogramm eingestellte Projekte vorgenommen werden musste. Es ist hinten näher darauf einzutreten.

In formeller Hinsicht ist der Finanzplan auf die Legislaturplanung ausgerichtet, in dem der Aufbau der funktionalen Gliederung des Legislaturprogrammes entspricht.

I. RÜCKBLICK

1. DIE HAUSHALTENTWICKLUNG IN DEN JAHREN 2004 – 2008

Wie die Gesamtergebnisse der Verwaltungsrechnungen auf S. 6 zeigen, schlossen die Rechnungen der vergangenen fünf Jahre jeweils mit einem Ertragsüberschuss ab. Die Vorgabe der Kantonsverfassung, wonach der Finanzhaushalt mittelfristig ausgeglichen sein muss, wurde somit klar erreicht. Die Investitionen von brutto 144,2 Mio. Franken konnten selbstfinanziert werden, und es resultierte ein kumulierter Finanzierungsüberschuss von 227,3 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad beläuft sich auf 316,8 Prozent der Nettoinvestitionen. Das Eigenkapital hat mit 191,7 Mio. Franken per Ende 2008 oder 31,9 Prozent des Aufwandes der Laufenden Rechnung eine noch nie da gewesene Höhe erreicht. Trotzdem ist es gelungen, die kantonalen Steuern erheblich zu senken. Seit 2001 wurden jährlich Steuersenkungen vorgenommen. Sie kumulieren sich unter Berücksichtigung des Ausgleichs der kalten Progression auf den 1. Januar 2010 auf 75,6 Mio. Franken pro Jahr bei der Kantonssteuer.

Die guten Ergebnisse sind auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Neben der guten Wirtschaftslage bildeten die beiden Entlastungsprogramme ESH 1 und ESH 2 die Basis für die positive Entwicklung des Kantonshaushaltes. Sie wirken sich nun voll auf den Haushalt aus. Sodann wird haushälterisch mit den bewilligten Mitteln umgegangen und eine konsequente Ausgabenkontrolle durchgeführt. Einen wichtigen Beitrag leisteten schliesslich die Ansiedlungen, insbesondere von juristischen Personen, die zu einer Erhöhung der Steuerkraft führte. Das dadurch entstandene zusätzliche Steuerpotenzial wurde praktisch vollständig für die Reduktion der Steuern der juristischen Personen verwendet. Die Steuereinnahmen blieben denn auch in den genannten Jahren praktisch konstant. Der Zuwachs im Jahr 2008 ist auf den Steuerfussabtausch von 6 Steuerprozenten mit den Gemeinden zurückzuführen im Zusammenhang mit der Einführung der NFA; im Gleichschritt entlastete der Kanton die Gemeinden durch Aufhebung bisheriger Gemeindebeiträge und durch Aufgabenübernahmen im Umfang von 16,1 Mio. Franken.

Im Jahr 2004 wurde – wie mit den Entlastungsprogrammen vorgeesehen – durch den Verkauf von 25 Prozent der Aktien der EKS AG zusätzliche Abschreibungen von 40,5 Mio. Franken getätigt, was eine deutliche Entlastung bei den Abschreibungen sowie den Passivzinsen in den Folgejahren bedeutet.

Im Jahr 2005 konnten nicht budgetierte Einnahmen aus dem Kantonsanteil am Verkauf der Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank im Betrag von 117,0 Mio. Franken verbucht werden.

Davon wurden 35 Mio. Franken an die Gemeinden weitergegeben, und zwar 20 Mio. Franken als ungebundene Zuwendung sowie 15 Mio. Franken durch Einlage in den Finanzausgleichsfonds zur Finanzierung von Sonderbeiträgen bei Gemeindereformprojekten. Dadurch wurden auch die Gemeinden entlastet, die bisher mit ihren Beiträgen an den Finanzausgleichsfonds auch solche Projekte mitfinanzierten. Aufgrund dieser Sondereinnahmen von 82 Mio. Franken (nach Abzug der Beiträge an die Gemeinden) und aufgrund des guten Rechnungsabschlusses konnte die damals noch bestehende Nettolast vollständig abgebaut und in einen «Eigenfinanzierungsvortrag» umgewandelt werden.

In der Rechnung 2006 wurde der budgetierten Personal- und Sachaufwand deutlich unterschritten. Im Weiteren konnten als Folge der Liquidation der TSH Höhenklinik in Davos und weiteren Liegenschaftsverkäufen höhere Vermögenserträge erzielt werden, so dass ein Ertragsüberschuss von 34,6 Mio. Franken erzielt wurde.

Im Jahr 2007 konnten zulasten der Jahresrechnung die Pensionskassenansprüche der amtierenden und ehemaligen Mitglieder des Regierungsrates und ihrer Angehörigen in der Höhe von 10,1 Mio. Franken ausfinanziert werden. Diese Ausfinanzierung führt zu einer Entlastung der folgenden Voranschläge beziehungsweise Rechnungen. Auf der Ertragsseite konnten im Vergleich zum Budget deutlich höhere Steuereinnahmen verzeichnet werden. Diese Zunahme des Steuerpotentials trug wesentlich dazu bei, dass die Folgen der Steuergesetzrevision per 1. Januar 2008 mit der Entlastung der juristischen Personen im Umfang von 17,5 Mio. Franken aufgefangen werden konnten.

Die Jahresrechnung 2008 enthält zwei Vorfinanzierungen, nämlich 1,0 Mio. Franken zur Vorfinanzierung zusätzlicher Energiefördermassnahmen, d. h. zur Umsetzung des Konjunkturprogrammes des Bundes, und 3,0 Mio. Franken zur Vorfinanzierung der Aufhebung der Niveauübergänge im Klettgau. Damit wird die Absicht des Regierungsrates, zur Stützung der Konjunktur Investitionen soweit möglich und sinnvoll vorziehen, unterstützt. Auf der Ertragsseite spiegelt sich die schlechte Wirtschaftslage besonders bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen (-8,1 Mio. Franken) wieder. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass aufgrund der Auswirkungen der Finanzkrise auf die regionalen Unternehmen eine Abgrenzung in der Höhe von 5,0 Mio. Franken vorgenommen wurde, welche die voraussichtlichen Rückzahlungen als Folge zu hoher provisorischer Veranlagungen und somit zu hoher Vorauszahlungen abdecken soll.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich der Finanzhaushalt des Kantons in den letzten fünf Jahren sehr erfreulich entwickelt hat. Es ist dank der rechtzeitig vorgenommenen Haushaltsentlastungen mit den Entlastungsprogrammen ESH 1 und ESH 2, der ausserordentlichen Einnahmen sowie Haushaltsdisziplin gelungen,

nicht nur die Rechnungen positiv zu gestalten und das Eigenkapital zu verstärken, sondern auch die steuerliche Belastung erheblich zu mildern. Damit ist für die wirtschaftlich schwierigeren Zeiten eine gute Grundlage geschaffen worden.

2 GESAMTÜBERSICHT DER VERWALTUNGSRECHNUNGEN 2004 – 2008

in 1'000 Franken	2004	2005	2006	2007	2008	kumuliert	BU 2009
Laufende Rechnung (LR)							
Aufwand	599'036	593'523	555'461	590'812	600'467	2'939'299	614'327
Ertrag	607'493	688'999	590'024	617'213	617'968	3'121'697	616'822
Aufwandüberschuss							
Ertragsüberschuss	8'457	95'476	34'563	26'401	17'501	182'398	2'495
Investitionsrechnung (IR)							
Ausgaben	37'558	15'371	30'166	32'908	28'189	144'192	31'533
Einnahmen	7'884	5'120	6'343	10'955	9'030	39'332	3'810
Nettoinvestitionen	29'674	10'251	23'823	21'953	19'159	104'860	27'723
Finanzierung							
Aufwandüberschuss aus der LR							
Ertragsüberschuss aus der LR	8'457	95'476	34'563	26'401	17'501	182'398	2'495
Nettoinvestitionen	29'674	10'251	23'823	21'953	19'159	104'860	27'723
Finanzierungsbedarf	21'217	-85'225	-10'740	-4'448	1'658	-77'538	25'228
Abschreibungen	59'749	43'155	14'177	13'999	18'669	149'749	15'091
Finanzierungsüberschuss	38'532	128'380	24'917	18'447	17'011	227'287	
Finanzierungsfehlbetrag							10'137
Selbstfinanzierungsgrad	229.9%	1352.4%	204.6%	184.0%	188.8%	316.8%	63.4%
Bilanzfehlbetrag							
Eigenkapital	17'798	113'274	147'837	174'238	191'739		

3 AUFWAND NACH SACHGRUPPEN 2004 – 2008

in 1'000 Franken		Rechnung				
		2004	2005	2006	2007	2008
3	Aufwand (nach Sachgruppen)					
30	Personalaufwand	145'664	148'619	156'153	161'398	165'262
31	Sachaufwand	46'253	47'436	49'422	51'859	55'030
32	Passivzinsen	10'420	10'089	7'572	6'797	6'225
33	Abschreibungen	63'088 *	46'897	18'419	18'839	22'379
34	Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	6'226	41'018 **	6'019	6'094	7'638
35	Entschädigungen an Gemeinwesen	30'538	34'743	36'166	38'563	45'419
36	Eigene Beiträge	189'947	197'829	212'564	225'917	232'214
37	Durchlaufende Beiträge	32'266	33'022	32'611	33'862	35'330
38	Einlagen in Spezialfinanzierungen und Stiftungen	6'336	6'274	6'883	16'045	10'762
39	Interne Verrechnungen	68'299 *	27'597	29'652	31'438	20'208
	Totalaufwand	599'037	593'524	555'461	590'812	600'467
	Veränderung (Zunahme) gegenüber dem Vorjahr	20.03%	-0.92%	-6.41%	6.36%	1.63%

* Buchhalterische Auswirkungen des Verkaufs der Aktien der EKS AG in Höhe von 40,5 Mio. Franken (Zuweisung zu den ausserordentlichen Abschreibungen und Erfassung bei den internen Verrechnungen); «Aufblähung» des Gesamtvolumens beim Aufwand um 81 Mio. Franken.

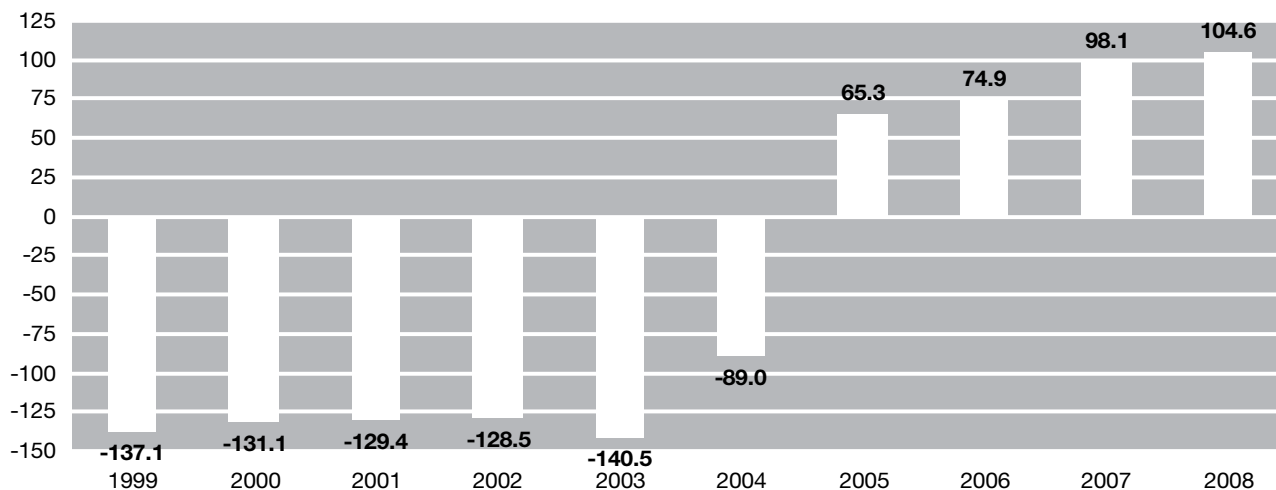
** Inkl. Rückstellung für Ausschüttung von 35 Mio. Franken an Gemeinden (Anteil SNB-Goldmillionen)

I. RÜCKBLICK**4 ERTRAG NACH SACHGRUPPEN 2004 – 2008**

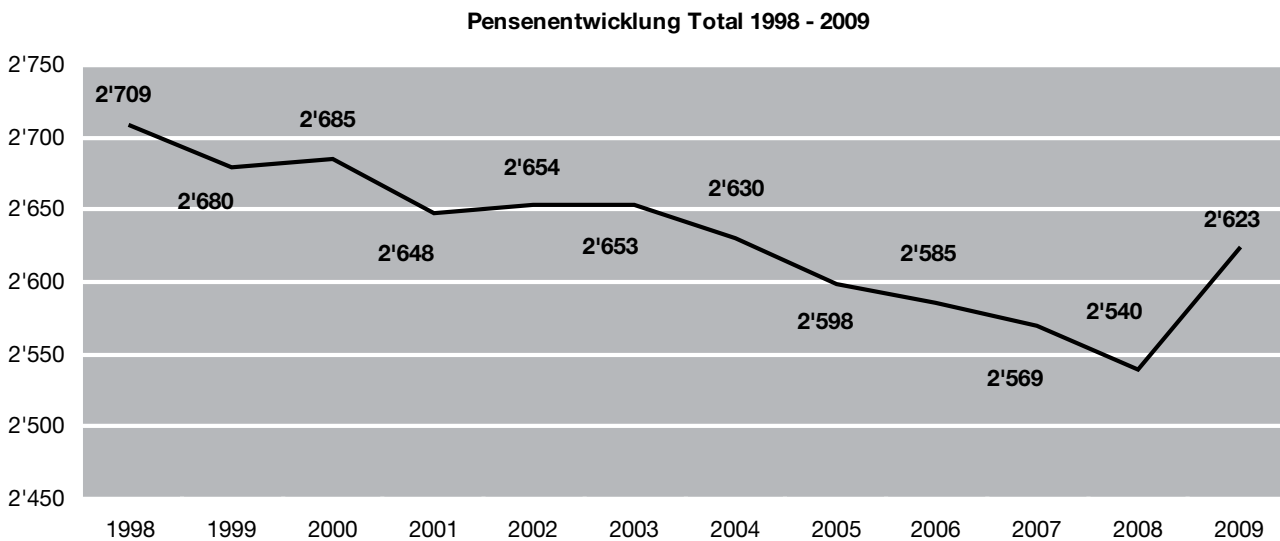
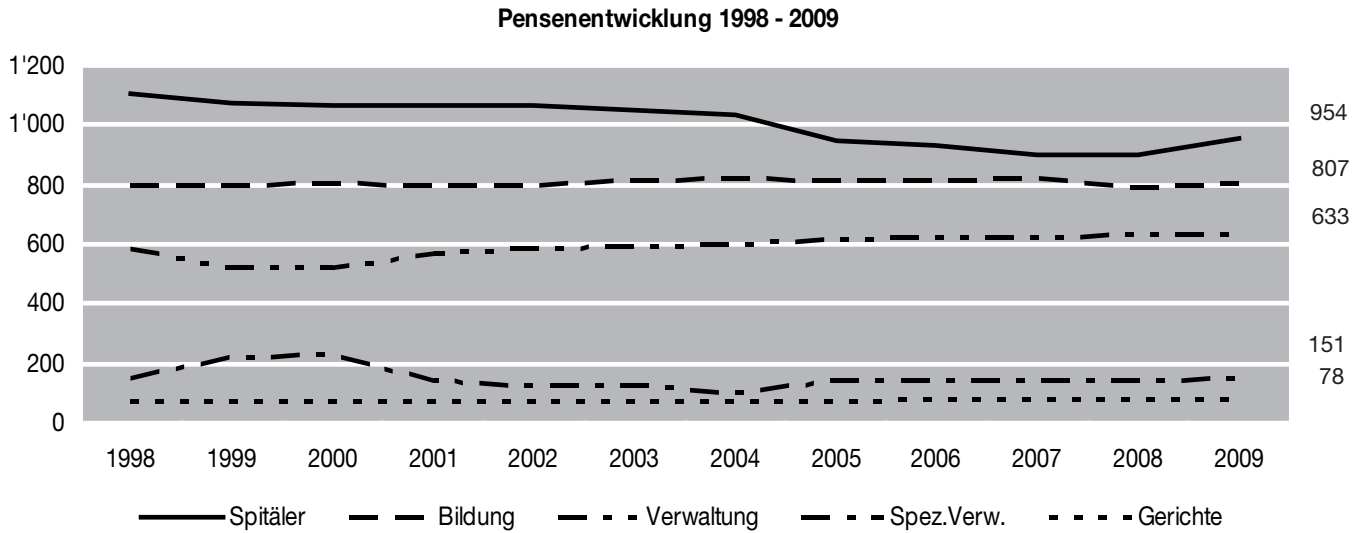
in 1'000 Franken	Rechnung				
	2004	2005	2006	2007	2008
4 Ertrag (nach Sachgruppen)					
40 Steuern	251'066	247'072	255'187	258'756	270'420
41 Regalien und Konzessionen	5'950	6'863	7'899	8'293	7'885
42 Vermögenserträge	72'167 *	169'347 **	62'191	64'429	70'863
43 Entgelte	49'568	50'667	54'620	60'603	58'701
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	46'324	53'450	53'931	60'733	65'693
45 Rückerstattungen von Gemeinwesen	1'749	1'679	2'219	2'495	5'424
46 Beiträge für eigene Rechnung	78'947	89'318	85'906	90'104	76'596
47 Durchlaufende Beiträge	32'266	33'022	32'611	33'862	35'330
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen	1'157	9'984	5'808	6'499	6'848
49 Interne Verrechnungen	68'299 *	27'597	29'652	31'439	20'208
Totalertrag	607'493	688'999	590'024	617'213	617'968
Veränderung (Zunahme) gegenüber dem Vorjahr	23.92%	13.42%	-14.37%	4.61%	0.12%

* Buchhalterische Auswirkungen des Verkaufs der Aktien der EKS AG in Höhe von 40,5 Mio. Franken (Verbuchung bei Vermögenserträgen und Erfassung bei den internen Verrechnungen): «Aufblähung» des Gesamtvolumens beim Ertrag um 81 Mio. Franken.

** Inkl. 117 Mio. Franken SNB-Goldmillionen

5 ENTWICKLUNG DER NETTOLAST 1999 – 2008 (IN MIO. FRANKEN)**Entwicklung der Nettolast (-) / des Eigenfinanzierungsvortrags (+)**

6 PENSENENTWICKLUNG 1998 – 2009



Schaffhauser Spitäler: Ab 2005 wurden die Stellen der Auszubildenden nicht mehr im Stellenplan ausgewiesen, sie sind ab 2009 wieder enthalten. Ab 2006 ohne Schule für Pflegeberufe und ohne Physiotherapieschule.

Bildung: Ab 2006 inkl. Schule für Pflegeberufe und Physiotherapieschule.

Allgemeine Verwaltung: Erhöhung mehrheitlich bedingt durch Übernahme kommunaler Aufgaben wie z. B. Zivilschutz sowie Korpsbestanderhöhung der SH Polizei.

Spezialverwaltungen sowie weitere selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten ohne Sozialversicherungsamt; ab 2004 auch ohne RAV.

Ab 2005 Integration der städtischen Sonderschulen.

Gerichte inkl. Betriebsämter

Weitere Erläuterungen sind aus den jährlichen Stellenplänen ersichtlich; aktueller Stellenplan per 1. Januar 2009.

II. RAHMENBEDINGUNGEN

WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG UND TEUERUNG

Ausgelöst durch die globale Finanzkrise ist die Weltwirtschaft stark eingebrochen. Alle Industrienationen befinden sich in einer Rezession. Das Seco erwartet für das laufende Jahr einen Rückgang des Bruttoinlandproduktes (BIP) von 2,7 Prozent und geht auch im nächsten Jahr von einem Rückgang aus. Nachdem sich der wirtschaftliche Einbruch zunächst beim starken Rückgang des Exportes beziehungsweise bei den Ausrüstungsinvestitionen gezeigt hat und der Konsum verhältnismässig stabil blieb, werden nun beim Privat- und Staatskonsum geringere Wachstumsraten beziehungsweise ein Rückgang prognostiziert. Im internationalen Umfeld geht die OECD zwar davon aus, dass der Tiefpunkt der Krise erreicht sei, die sich abzeichnende Erholung aber schwach sein werde. Die Wirtschaftsaussichten sind zum ersten Mal seit zwei Jahren für die Schwellenländer und die USA nach oben revidiert worden. Eine Verbesserung zeichnet sich auch in der Eurozone ab. In der Schweiz weisen vorläufige Konjunkturindikatoren wie der UBS-Konjunkturindikator und der Einkaufsmanagerindex auf eine Erholung hin. Dagegen ist der Geschäftsgang in der Schweizer Industrie nach wie vor ungünstig. Auch wenn Anzeichen für das Ende der Talfahrt beziehungsweise für eine leichte Erholung vorhanden sind, sind die Aussichten für das nächste Jahr und die Finanzplanperiode ungünstig. Insbesondere wird die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen, und es muss bis Ende 2010 mit einer deutlich über 5 Prozent liegenden Arbeitslosenquote gerechnet werden.

Die voraussichtliche Arbeitslosenquote in der Schweiz wird als Folge der aktuellen und künftigen Konjunktursituation für 2009 auf 3,8 Prozent und für das Jahr 2010 auf 5,5 Prozent geschätzt, wobei damit gerechnet wird, dass die Arbeitslosenquote im Kanton Schaffhausen um 0,4 Prozent unter diesen Werten bleiben wird. Im Kanton Schaffhausen stellten im ersten Halbjahr 2009 95 Betriebe ein Gesuch zur Kurzarbeit. Von der Belegschaft dieser Betriebe sind 2'089 Arbeitnehmende betroffen. Besonders betroffen ist die exportorientierte Maschinenindustrie. Angesichts der Wirtschaftsprognosen werden die Gesuche auch im zweiten Halbjahr 2009 ansteigen. Es muss damit gerechnet werden, dass im Jahr 2010 weitere Branchen dazukommen.

Für die Planperiode geht der Regierungsrat von einem BIP-Rückgang für das laufende Jahr von 2,5 Prozent, einem leichten Rückgang im Jahr 2010 sowie einem leicht positiven Wachstum im Jahr

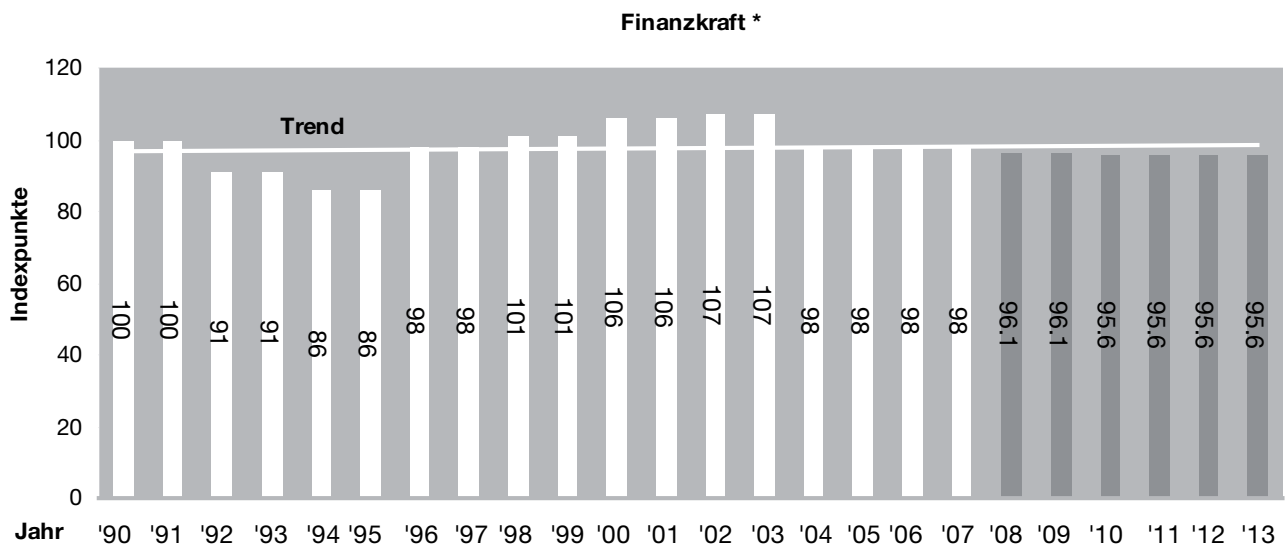
2011 aus. Für die folgenden Jahre der Finanzplanperiode wird von einem BIP-Wachstum von 1 Prozent ausgegangen.

Für das laufende Jahr ist mit einer rückläufigen Teuerung zu rechnen. In den folgenden Jahren dürfte die Teuerung auf 1 Prozent im Jahr 2010 beziehungsweise auf 2 Prozent ab 2011 anziehen. Bei der Finanzplanung wirkt sich die Teuerung vor allem beim Personalaufwand des Kantons aus. Insgesamt sind im Finanzplan die Lohnanpassungen mit 1 Prozent per 1. Januar 2010 und je 2 Prozent ab 2011 angenommen worden.

FINANZKRAFT

Seit dem Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) basiert die Finanzkraft der Kantone auf der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage (AGS). Sie setzt sich zusammen aus den nach einheitlichen Kriterien für die ganze Schweiz erhobenen Einkommen der natürlichen Personen, den quellenbesteuerten Einkommen, dem Vermögen der natürlichen Personen sowie den Gewinnen der juristischen Personen mit und ohne besonderen Steuerstatus. Es wird jeweils auf den Durchschnitt der letzten verfügbaren drei Jahre abgestellt. Im Jahr 2010 sind das die Jahre 2004–2006.

Bei der Einführung der NFA am 1. Januar 2008 lag der aufgrund der AGS der Jahre 2002–2004 ermittelte Ressourcenindex für Schaffhausen bei 96,1 Punkten und blieb per Januar 2009 unverändert. Für 2010 sinkt der Ressourcenindex auf 95,5 Punkte. Das bedeutet zunächst, dass das Ressourcenpotential des Kantons Schaffhausen somit im gesamtschweizerischen Vergleich in den Jahren 2004–2006 unterdurchschnittlich gewachsen ist. Andererseits führt dies zu leicht höheren Einnahmen aus dem Finanzausgleich. Weil der Anteil des Kantons Schaffhausen am Total des schweizerischen Ressourcenpotentials in jedem einzelnen Jahr abnahm, kann davon ausgegangen werden, dass der Ressourcenindex in den nächsten Jahren voraussichtlich gleich bleiben oder weiterhin leicht zurückgehen wird. Für die Finanzplanperiode wird vom Index 95,5 Punkte ausgegangen.



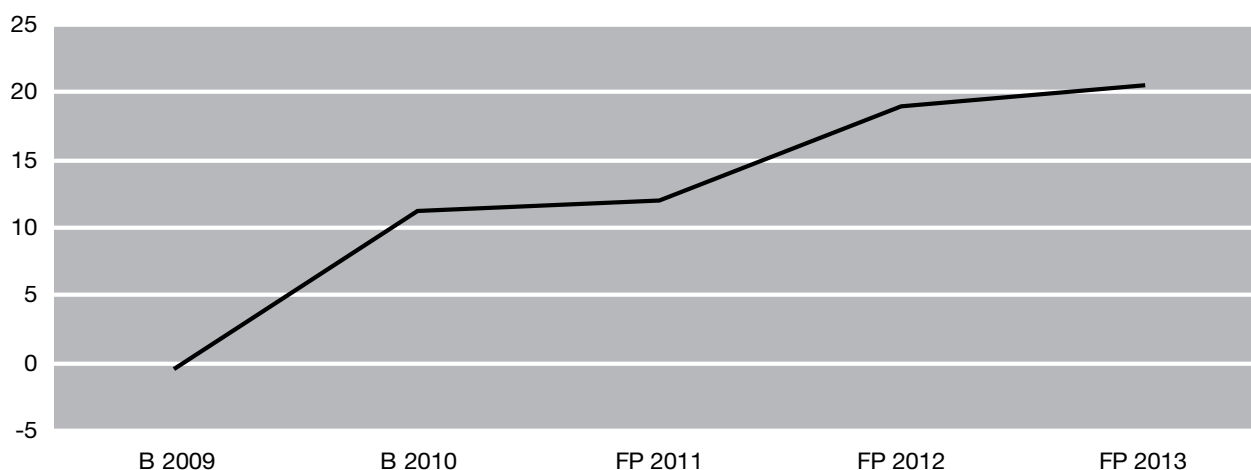
* ab 2008 neue Berechnungsgrundlage

WOHNBEVÖLKERUNG

Seit 2000 ist die ständige Wohnbevölkerung auch im Kanton Schaffhausen wieder gestiegen, mit 3 Prozent allerdings weniger als im schweizerischen Mittel (7 Prozent). Noch immer weist der Kanton Schaffhausen mit 32 Prozent den zweithöchsten Altersquotienten (= Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen) der Schweiz auf. Für die vier Jahre der Finanzplanperiode wird von einem Bevölkerungswachstum von insgesamt 1,5 Prozent ausgegangen.

III. FINANZPLAN 2010 – 2013**1. WIRTSCHAFT UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT****Laufende Rechnung**

in Mio. Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Aufwand	45.7	46.0	47.3	48.1	48.8	48.3
Ertrag	35.9	36.3	36.5	37.1	37.2	36.6
Nettoaufwand	9.8	9.7	10.9	10.9	11.6	11.7

Zunahme Nettoaufwand in Prozent gegenüber 2008**Nettoinvestitionen nach funktionaler Gliederung**

in 1'000 Franken	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	Total
Energieförderungsprogramm	2'400	2'400	1'900	1'900	8'600
<i>Rheinfallprojekt</i>					
– Erwerb Liegenschaften	1'000				1'000
– Modernisierung Selbstbedienungsrestaurant Schlössli Wörth	500				500
Beiträge an Meliorationen	800	800	800	800	3'200
Wirtschaftsförderung	2'000	2'000	2'000	2'000	8'000
Total	6'700	5'200	4'700	4'700	21'300

Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit

Der Bereich «Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit» beinhaltet die Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei sowie Industrie, Gewerbe und Handel, Tourismus und Energie. Die landwirtschaftlichen Direktzahlungen des Bundes sind dabei mit über 30 Mio. Franken die gewichtigste Position. Die Steigerung des Nettoaufwandes resultiert im Wesentlichen aus der Abschreibung des Verpflichtungskredits zugunsten der als Kompensation für den Wegfall des Bonny-Beschlusses vorgesehenen einzelbetrieblichen Fördermittel sowie in der Abschreibung der Investitionen in das Energieförderungsprogramm.

Der anhaltende Strukturwandel der Schaffhauser Wirtschaft und der sich verschärfende Standortwettbewerb um Unternehmen, Arbeitsplätze, Einwohner und Steuersubstrat beziehungsweise das unterdurchschnittliche Wachstum der Schaffhauser Wirtschaftskraft, des Arbeitsmarktes, der Steuerkraft und der Wohnbevölkerung machen eine weitergehende Attraktivierung des Kantons und eine Intensivierung der Wirtschaftsförderung und des Wohnortmarketings unumgänglich. Die globalen wirtschaftlichen Veränderungen sowie der Wegfall des Bonny-Beschlusses ab 2011 haben den Regierungsrat dazu bewogen, die Marktbearbeitung zur Ansiedlung neuer Unternehmen zu intensivieren.

Neu sollen die aufstrebenden Weltmärkte Russland, Indien und China bearbeitet werden und die bisherigen Anstrengungen in den USA und Europa ergänzen. Damit sollen die Chancen der zunehmenden Verschiebung der weltwirtschaftlichen Schwergewichte genutzt werden. Die dazu vorgesehenen zusätzlichen Mittel betragen 600'000 Franken (Laufende Rechnung). Die bisher eingesetzten Mittel wurden durch ein Mehrfaches an Steuereinnahmen kompensiert. Dies wird mittelfristig auch für die neuen Märkte angestrebt und erwartet.

Wohnortmarketing

Das Wohnortmarketing hat mit dazu beigetragen, dass die Wohnbevölkerung des Kantons Schaffhausen langfristig ein leichtes Wachstum erreicht hat. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil die Sterberate als Folge der statistischen Überalterung von Schaffhausen deutlich über der Geburtenrate liegt und jährlich zuerst der Überschuss der natürlichen Abgänge durch Neuzuzüge kompensiert werden muss. Dieses Ziel verfolgt das Wohnortmarketing ergänzt durch die forcierte Marktbearbeitung mittels Imagekampagne («Schaffhausen – ein kleines Paradies»). Mit der mehrjährigen, multimedialen Standortkampagne, die im September 2008 lanciert wurde, wird die Standortattraktivität der Region Schaffhausen verstärkt kommuniziert. Insbesondere sollen junge Familien, aber

auch Firmen angesprochen werden. Hierzu sollen in den Jahren 2010 bis 2013 total 1,2 Mio. Franken eingesetzt werden.

Neue Regionalpolitik des Bundes (NRP)

Am 1. Januar 2008 ist das Bundesgesetz über Regionalpolitik in Kraft getreten. Die Neue Regionalpolitik (NRP) hat zum Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft einzelner Regionen zu stärken und deren Wertschöpfung zu erhöhen. Das vom Kanton Schaffhausen eingereichte Umsetzungsprogramm wurde von den beurteilenden Bundesbehörden gut aufgenommen. Dem Kanton Schaffhausen wurden für die erste Programmperiode 2008 bis 2011 deshalb jährlich rund 1 Mio. Franken zugesprochen. Zusätzlich stehen dem Kanton in diesem Zeitraum total 3 Mio. Franken zinslose Darlehen für entsprechende Investitionsprojekte zur Verfügung.

Der Bund hat die Verwendung dieser Gelder an die Bedingung der Co-Finanzierung zu mindestens gleichen Teilen durch den Kanton geknüpft. Mit der Schaffung des Gesetzes zur Förderung der Regional- und Standortentwicklung im Kanton Schaffhausen (RSE Gesetz) wurden die Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Forderung geschaffen. Die grössten zur Zeit laufenden Projekte sind: Seminar- und Kongressstandort Schaffhausen, Aufwertung des Rheinfalls, regionales Indoor-Schiesszentrum, Weinerlebnisangebote, Cluster- und Technologieentwicklung, International Packaging Institute, Rhytech – Materialwissenschaften und Oberflächentechnologie, nationales Sportzentrum, Entwicklungskonzept Altstadt, Ausbau International School. Diverse weitere Projektideen sind zurzeit in der Abklärungsphase.

Wegfall Bonny-Beschluss und «graue Liste» der OECD

Bei der Neuordnung des Bundesbeschlusses für wirtschaftliche Erneuerungsgebiete wurde der Kanton Schaffhausen aus dem Perimeter der anwendungsberechtigten Gebiete gestrichen. Das Wiedererwägungsgesuch des Regierungsrates wurde abgelehnt. Dies bedeutet, dass die Anwendung des Bonny-Beschlusses nur noch bis Ende 2010 möglich ist. Damit wird dem Kanton eines seiner wirkungsvollsten Instrumente zur Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Ansiedlung von innovativen Einheiten internationaler Konzerne entzogen. Der Effekt auf die Ansiedlungsaktivitäten der Wirtschaftsförderung ab 2011 wird beträchtlich sein.

Parallel dazu stellt sich aus heutiger Optik die Frage, ob es dem Bund gelingen wird, die Hoheit der kantonalen Ausgestaltungsmöglichkeiten der Steuern bei Holdings und insbesondere gemischten Gesellschaften zu erhalten oder ob diese im Zug der Verhandlungen um die «graue Liste» der OECD in Zukunft wegfallen

III. FINANZPLAN 2010 – 2013

werden. Diverse Kantone stellen sich bereits heute darauf ein, dass dies der Fall sein werde.

Um die negativen Folgen aus diesen nationalen Entwicklungen zu kompensieren, will der Regierungsrat die Marktbearbeitung der Wirtschaftsförderung intensivieren und in den nächsten Jahren die nötigen und möglichen Massnahmen ergreifen, damit der Kanton Schaffhausen seine gute Position weiter verbessert.

Einzelbetriebliche Fördermittel

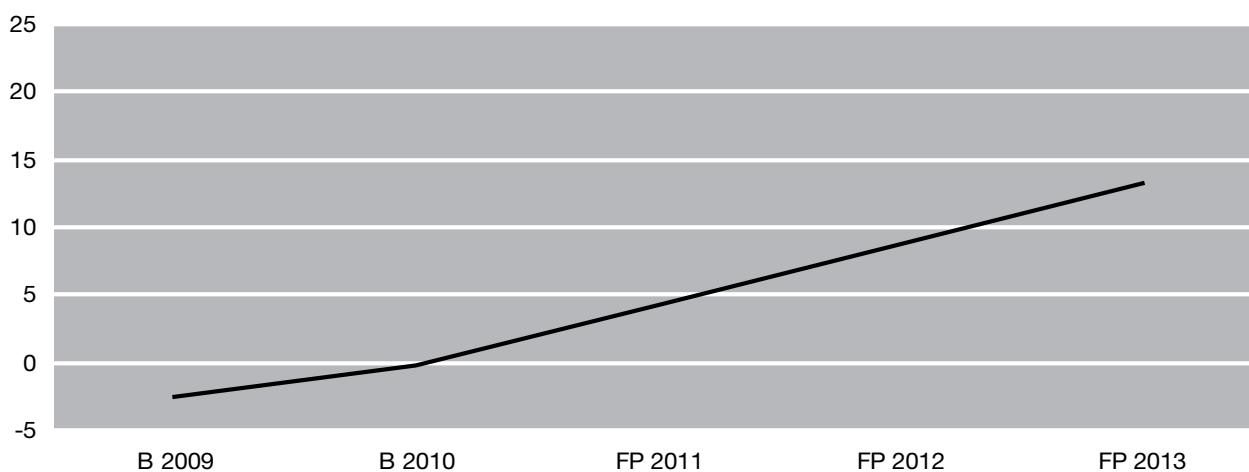
Die einzelbetrieblichen Fördermittel (EBF) haben sich in den vergangenen 10 Jahren sehr bewährt, wurden aber nur selektiv eingesetzt. Von den vom Volk dafür bewilligten 20 Mio. Franken wurde ziemlich genau die Hälfte gebraucht. Mit einer Gesetzesrevision beantragt der Regierungsrat für die Jahre 2010 bis 2019 wiederum 20 Mio. Franken EBF in Form eines Verpflichtungskredites. Die EBF waren und sind ein wichtiges Mittel zur Sicherung und zum Aufbau neuer Arbeitsplätze wie auch zur Ansiedlung neuer Firmen. Sie können in Zukunft helfen, den Wegfall des Bonny-Beschlusses teilweise zu kompensieren.

Energie

Die Umsetzung der neuen Leitlinien und Massnahmen in der kantonalen Energiepolitik 2008 – 2017 zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung wird laufend vorangetrieben. Dies erfolgt unter Berücksichtigung der nationalen energiepolitischen Strategie. So wird das kantonale Programm zur Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz ausgebaut, so dass ebenfalls erhebliche Bundesmittel in den Kanton fliessen. Insbesondere wird aber auch die kantonale Umsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung an die Hand genommen. Weiter werden zusätzliche Grundlagen erarbeitet, die der Verfeinerung der strategischen energiepolitischen Ausrichtung des Kantons dienen, insbesondere zur Fragestellung der Kernenergienutzung.

III. FINANZPLAN 2010 – 2013**2. VERKEHR****Laufende Rechnung**

in Mio. Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Aufwand	53.9	52.2	52.8	54.1	55.7	57.9
Ertrag	23.2	22.2	22.1	22.0	22.2	23.2
Nettoaufwand	30.8	30.0	30.7	32.1	33.5	34.7

Zunahme Nettoaufwand in Prozent gegenüber 2008**Nettoinvestitionen nach funktionaler Gliederung**

in 1'000 Franken	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	Total
Ausbau der Staatsstrassen					
<i>Strassenbauprogramm</i>					
– Thayngen (Erlengasse-Chlepperegg)	1'100				1'100
– Thayngen-Dörflingen (Anschluss Süd-Neudörflingen)	380	379			759
– Hochstrasse Schaffhausen	160				160
– Zollstrasse Neuhausen am Rheinfall	200				200
– Neunkirch (Aufhebung Niveauübergang)	-432	4'006	3'974	1'289	8'837
– Wilchingen (Aufhebung Niveauübergang)	-418	2'578	3'532	790	6'482
– Neuhausen am Rheinfall (Knoten Rheinhof)	50				50
– Löhningen K-Strasse 713 (Strassenentwässerung)	50			304	354
– H13/H14 Strassenentwässerung (Störfallverordnung)				250	250

Nettoinvestitionen nach funktionaler Gliederung

in 1'000 Franken	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	Total
<i>Sanierung Kunstbauten</i>					
– Schaffhausen Feuerthaler Brücke (Instandhaltung)	150	150	150	150	600
– Neuhausen a. Rhf. (Stützmauer Katzensteig/Rhiweg II)	30				30
– Diverse Sanierungsobjekte (u. a. Hemishofer Brücke T332)		30	50	50	130
– Instandhaltung verschiedene kleine und mittlere Brücken	50	50	50	50	200
<i>Agglomerationsprogramm Strassen</i>	300	250	150	670	1'370
<i>Agglomerationsprogramm Langsamverkehr</i>	70	50	50	400	570
Total Ausbau Staatsstrassen	1'690	7'493	7'956	3'953	21'092
<i>Investitionsbeiträge öffentlicher Verkehr</i>					
– Anteil Aktienkapitalerhöhung Schiffahrtsgesellschaft URh	575				575
– Agglomerationsprogramm Beiträge Ausbau und Modernisierung Bahnhöfe Thayngen, Herblingen (Bauprojekt), Schaffhausen (Bauprojekt 6. Perronkante) und Diverses	4'000	6'500	5'000		15'500
– Elektrifizierung DB-Strecke Schaffhausen-Erzingen (Inkl. Weiterführung bis Basel)	2'500	1'500	1'500	4'500	10'000
– Agglomerationsprogramm Beiträge Ausbau und Modernisierung Bahnhöfe			3'500	2'500	6'000
Total öffentlicher Verkehr	7'075	8'000	10'000	7'000	32'075
Gesamttotal Verkehr	8'765	15'493	17'956	10'953	53'167

Öffentlicher Verkehr

Verschiedene Verbesserungsmaßnahmen tragen zu einer Steigerung der Kosten bei (Laufende Rechnung). Im Weiteren wirkt sich auch die schrittweise Umsetzung des Agglomerationsprogramms aus (Investitionen und Laufende Rechnung). Folgende Faktoren führen im öffentlichen Verkehr zu einer spürbaren Steigerung der Kosten:

- Einführung des integralen Tarifverbundes Schaffhausen (FlexTax) und Anschluss an den Zürcher Verkehrsverbund (Z-Pass) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 2. Dezember 2008 (Amtsdruckschrift 08-136) und Beschluss des Kantonsrates vom 6. April 2009.
- Erhöhung des kantonalen Beitragssatzes an die ungedeckten Betriebskosten des Ortsverkehrs der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall von 15 auf 20 Prozent gemäss obengenannter Vorlage und Beschluss des Kantonsrates vom 6. April 2009.
- Neues Bahn- und Buskonzept im Klettgau mit Angebotsverdichtungen zum Halbstundentakt gemäss Vorlage des Regie-

rungsrates vom 31. März 2009 (Amtsdruckschrift 09-29) und Beschluss des Kantonsrates vom 8. Juni 2009.

- Schrittweise Umsetzung des Agglomerationsprogramms für die Bereiche Siedlung und Verkehr
- Verlängerung der Zürcher S-Bahn von Rafz nach Schaffhausen.
- Taktverdichtungen im Berufsverkehr auf der S29 Stein am Rhein – Winterthur.
- Ausdehnung Nachtangebot am Wochenende und Schliessen von Taktlücken.

Da sich die Gemeinden gemäss Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs vom 9. Mai 2005 (GöV) mit 25 Prozent an den Aufwendungen des Kantons für den Regionalverkehr und den Tarifverbund zu beteiligen haben, erhöhen sich auch die Gemeindebeiträge entsprechend.

III. FINANZPLAN 2010 – 2013

Motorisierter Individualverkehr

Die Kostenentwicklung (Investitionen) wird hauptsächlich durch die Aufhebung der Bahnübergänge in Neunkirch und Wilchingen beeinflusst.

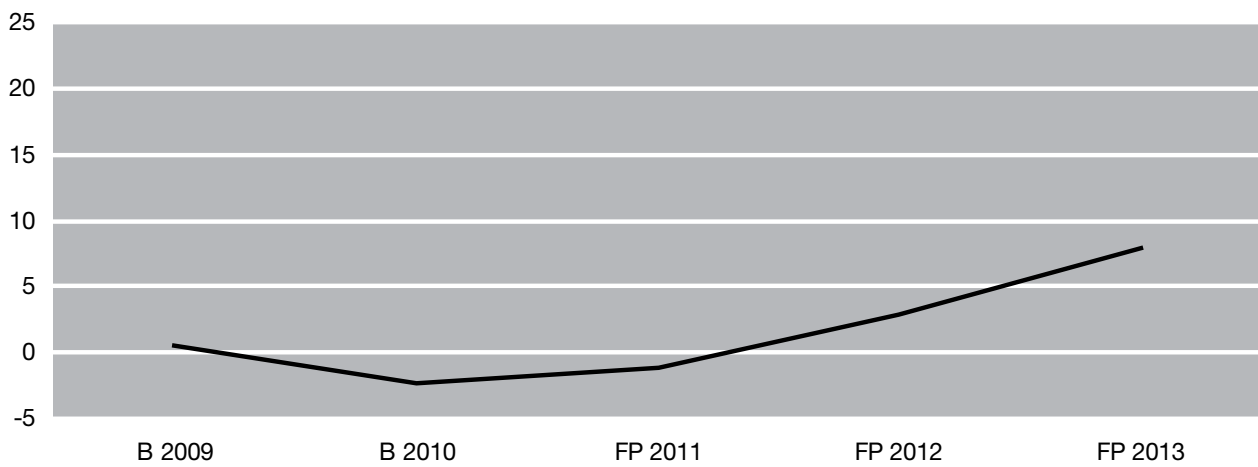
Die geplanten Massnahmen im Tiefbau beruhen auf der Orientierungsvorlage des Regierungsrates vom 12. Februar 2002 über die «Perspektiven und Vorhaben des privaten und des öffentlichen Verkehrs 2002 – 2020». Mit dem Agglomerationsprogramm SH plus wurden diese Massnahmen weiter konkretisiert. Wichtige strategische Ziele beim motorisierten Individualverkehr (MIV) liegen auf dem Territorium des Kantons Zürich und werden im Finanzplan 2011 – 2013 nicht budgetwirksam. Hier geht es vor allem darum, durch politische Einflussnahme die Umsetzung zu fördern. Durch eine Machbarkeitsstudie zur Stärkung der Achse H4 (Neuhausen – Egglisau – Bülach – Zürich) soll der Bedeutung des Ausbaus dieser Achse für den Kanton Schaffhausen Rechnung getragen werden. Wesentliche Elemente wie die Umfahrungen Jestetten (D) und Egglisau (ZH) sind planerisch bereits vorgesehen.

Die Massnahmen beim MIV verteilen sich auf verschiedene Investitionsprojekte und sind teilweise mit denjenigen des öffentlichen Verkehrs verknüpft. Ein Schwerpunkt liegt dabei bei der besseren Erschliessung des westlichen Kantonsteils, ein anderer bei der Weiterentwicklung und beginnenden Umsetzung des Agglomerationsprogramms. Ein Hauptziel ist es, bis zum 150-jährigen Jubiläum der Bahnstrecke Erzingen – Schaffhausen (2013) die Aufhebung der wichtigsten Niveauübergänge in Neunkirch und Wilchingen – Hallau umzusetzen. Dies muss zwingend in Koordination mit dem gleichzeitig geplanten Bau der Doppelspur durch die Deutsche Bahn AG erfolgen. Die Beiträge der Gemeinden Neunkirch und Wilchingen sowie der Deutschen Bahn sind bereits enthalten. Der Bau des Galgenbucktunnels ist mittlerweile sowohl finanziell wie rechtlich gesichert (laufendes Plangenehmigungsverfahren) und dürfte im Jahr 2010 begonnen werden. Abgesehen von den flankierenden Massnahmen wird das Vorhaben beim Kanton nicht budgetwirksam. Zusätzlich zu diesen neu- und ausbauorientierten Vorhaben sind umfangreiche Massnahmen im Bereich des baulichen Unterhaltes auf dem bestehenden Strassennetz vorgesehen. Neben einigen grösseren Belagserneuerungen (T332 / H332 Stein am Rhein – Ramsen, und ex-A4 Barga – Schaffhausen, letztere mit Bundesbeiträgen) ist auch eine Sanierung der Feuerthalerbrücke (zusammen mit Stadt Schaffhausen, Kanton Zürich und Gemeinde Feuerthalen) vorgesehen. Seit längerem bekannt ist die Notwendigkeit, Massnahmen zum Vollzug der Störfallverordnung auf dem bestehenden Strassennetz umzusetzen. Dafür sind entsprechende

Positionen in den Finanzplan aufgenommen worden.

III. FINANZPLAN 2010 – 2013**3. FINANZEN UND STEUERN****Laufende Rechnung**

in Mio. Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Aufwand	13.6	12.7	11.6	10.4	10.1	10.2
Ertrag	362.7	363.5	352.3	355.4	369.3	387.0
Nettoertrag	349.1	350.7	340.8	345.0	359.1	376.8

Zunahme Nettoertrag in Prozent gegenüber 2008**Keine Investitionen**

Steuern

In der Zeit von 2001 bis 2008 ist der Ertrag der Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen, der Ertrags- und Kapitalsteuern der juristischen Personen und der Spezialsteuern (Grundstückgewinnsteuer) von 219,7 Mio. Franken auf 257,5 Mio. Franken angestiegen. Der Zuwachs beträgt insgesamt 17,2 Prozent in den beiden Legislaturperioden beziehungsweise rund 2,2 Prozent pro Jahr. Nun muss aber berücksichtigt werden, dass seit 2001 die Steuern jedes Jahr gesenkt worden sind. In den Jahren 2002, 2003, 2005 und 2007 wurde der Steuerfuss gesenkt. Auf den 1. Januar 2001 sowie 2004, 2006, 2007 und 2008 wurden mit Änderungen des Steuergesetzes gezielte steuerliche Entlastungen für die natürlichen Personen und Familien beziehungsweise die Unternehmen vorgenommen. Auf den 1. Januar 2008 erfolgte ein Steuerfussabtausch im Umfang von 6 Steuerprozent oder rund 12 Mio. Franken mit den Gemeinden im Zusammenhang mit der Einführung der NFA

und der innerkantonalen Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung. Wenn diese Veränderungen des Steuerfusses beziehungsweise die Ausfälle als Folge der Steuergesetzrevisionen mitberücksichtigt werden, zeigt sich, dass die Steuerkraft des Kantons bei einem Steuerfuss von 100 Prozent von 186,1 Mio. Franken im Jahr 2001 auf rund 252,2 Mio. Franken im Rechnungsjahr 2008 angestiegen ist. Die Zunahme beträgt insgesamt rund 35,5 Prozent oder pro Jahr im Durchschnitt 4,4 Prozent. Das grösste Wachstum mit 9,9 Prozent war im Jahr 2004 zu verzeichnen; die tiefsten Wachstumsraten mit 1,4 beziehungsweise 1,0 Prozent in den Jahren 2001 und 2002, d. h. in den Jahren der wirtschaftlichen Krise nach dem Platzen der Internetblase. Diese Erfahrungswerte sind Basis für die Schätzung der Steuereinnahmen in der Planperiode, die aus nachfolgender Tabelle ersichtlich ist:

in Mio. Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Natürliche Personen	211.1	210.0	210.8	215.0	221.4	230.3
Juristische Personen	34.9	43.0	34.0	36.0	40.0	45.0
Spezialsteuern	4.1	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
Einkommens- und Vermögenssteuern	250.1	257.5	249.3	255.5	265.9	279.8
Auflösung Restanzen		5.0	4.0			
Total Einkommens- und Vermögenssteuern	250.1	262.5	253.3	255.5	265.9	279.8
Erbschafts- und Schenkungssteuern	6.9	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0
Besitz- und Aufwandsteuern	13.0	12.9	13.1	13.1	13.2	13.3
Total Steuern	270.0	280.4	271.4	273.6	284.1	298.1

Einkommens- und Vermögenssteuern

Bei den Steuern der natürlichen Personen werden sich im Jahr 2010 einerseits die verhältnismässig grossen Lohnanpassungen per 1. Januar 2009 und andererseits der Ausgleich der kalten Progression per 1. Januar 2010 mit Steuerausfällen von rund 4,2 Mio. Franken auswirken. Insgesamt rechnen wir deshalb mit leicht tieferen Steuereinnahmen als im Budget 2009.

Unter Berücksichtigung der Progression gehen wir ab 2011 von einem vor allem teuerungsbedingten Mehrertrag aus. Bei den juristischen Personen rechnen wir 2010 mit einem leicht unter dem Ertrag von 2008 liegenden Steuereingang. Hier ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2008 eine Rückstellung von 5,0 Mio. Franken vorgenommen worden ist als Folge der Rückzahlung der zu hohen Vorauszahlungen.

III. FINANZPLAN 2010 – 2013

Namentlich ab 2012 rechnen wir wieder mit einem Steuerwachstum, wobei hierzu mehrere Faktoren beitragen: Erstens gehen wir von einer deutlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ab 2011 aus. Zweitens wechseln verschiedene neu angesiedelte Unternehmen, die während der ersten Jahre ganz oder teilweise steuerbefreit waren, in die ordentliche Besteuerung, was zu höheren Erträgen führt. Drittens gehen die Wirtschaftsförderungsmassnahmen und damit die Ansiedlung neuer Unternehmen weiter. Auch 2009 konnten bereits mehrere Ansiedlungsprojekte erfolgreich abgeschlossen werden, was ebenfalls zu zusätzlichen Steuereinnahmen führt. Diesen Faktoren stehen selbstverständlich schlechtere Geschäftsergebnisse namentlich von Unternehmen im industriellen Sektor gegenüber.

Finanzen

Kantonsanteile an Bundeseinnahmen

in Mio. Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Direkte Bundessteuer	41.1	38.8	38.4	40.1	43.6	47.4
Verrechnungssteuer	6.3	3.0	3.0	3.0	3.0	2.9
LSVA	3.8	4.0	3.2	3.2	3.2	3.2
Mineralölsteuer (Benzinzoll)	4.2	4.1	4.3	4.3	4.4	4.4
Total Steuern	55.4	49.8	48.8	50.6	54.1	57.9

Mit Ausnahme des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer entsprechen die Kantonsanteile an Bundeseinnahmen den Schätzungen des Bundes. Der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer entspricht 17 Prozent der Bundessteuer, welche die natürlichen und juristischen Personen mit Wohnsitz beziehungsweise Sitz im Kanton Schaffhausen bezahlen. Bei den natürlichen Personen, die rund ein Viertel des Steueraufkommens erbringen, sind der Ausgleich der kalten Progression sowie die vorgesehene Reform der Familienbesteuerung berücksichtigt. Angesichts der Wirtschaftslage ist das Steueraufkommen der juristischen Personen, die drei Viertel davon aufbringen, schwer einzuschätzen. Es wird dazu auf die Ausführungen bei den direkten Steuern hingewiesen.

In der Finanzplanperiode beziehungsweise im Jahr 2010 ist die Auflösung der restlichen Steuerrückstellungen von 4 Mio. Franken einbezogen worden.

Übrige Steuern

Bei den Spezialsteuern (Grundstückgewinnsteuer), den Besitz- und Aufwandsteuern sowie bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern sind keine wesentlichen Änderungen zu erwarten.

Änderung der Steuergesetzgebung

Im Finanzplan ist keine Änderung der Steuergesetzgebung einbezogen worden. Nach den verschiedenen Gesetzesrevisionen und steuerlichen Entlastungen sind weitere Steuerreduktionen vorerst nicht möglich.

Bundesstaatlicher Finanzausgleich

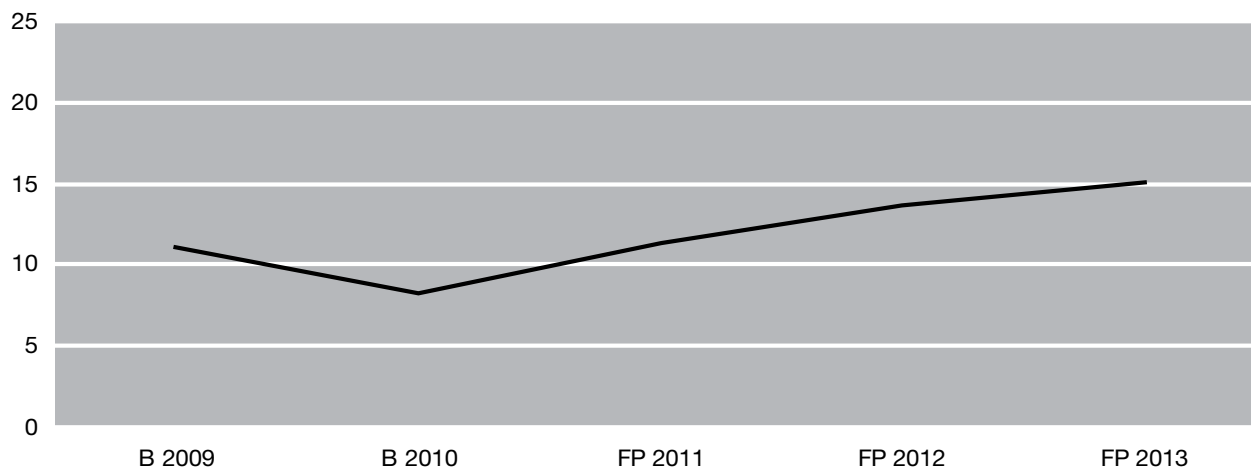
Aufgrund der Finanzkraft des Kantons von 95,5 Punkten im Jahr 2010, die unter derjenigen in den Vorjahren (96,1 Punkte) liegt, gehen wir davon aus, dass Schaffhausen in der Planperiode weiterhin Ressourcenausgleich erhalten wird. Beim Lastenausgleich erhält der Kanton einen Ausgleich aufgrund der überdurchschnittlichen soziodemografischen Lasten. Die Entwicklung dieser Lasten ist nur schwer einschätzbar. Es wird deshalb dem Trend der letzten drei Jahre entsprechend weiterhin mit einem leichten Rückgang gerechnet.

Bundesstaatlicher Finanzausgleich

in Mio. Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Ressourcenausgleich	4.0	3.5	4.2	4.2	4.2	4.2
Lastenausgleich	3.2	2.6	2.4	2.1	1.8	1.5
Härteausgleich	6.6	6.6	6.6	6.6	6.6	6.6
<i>Total Einnahmen</i>	<i>13.8</i>	<i>12.7</i>	<i>13.2</i>	<i>12.9</i>	<i>12.6</i>	<i>12.3</i>
Beitrag an Härteausgleich	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2
Total Finanzausgleich	12.6	11.5	12.0	11.7	11.4	11.1

III. FINANZPLAN 2010 – 2013**4. BILDUNG****Laufende Rechnung**

in Mio. Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Aufwand	138.0	148.2	146.0	149.8	152.5	154.0
Ertrag	18.9	15.9	17.1	17.0	17.0	17.0
Nettoaufwand	119.1	132.3	129.0	132.8	135.5	137.0

Zunahme Nettoaufwand in Prozent gegenüber 2008**Nettoinvestitionen nach funktionaler Gliederung**

in 1'000 Franken	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	Total
Beiträge an Schulhausbauten	1'000	1'000	1'000	1'000	4'000
<i>Kantonseigene Schulbauten</i>					
– Gebäudesanierung BBZ	1'000	2'000	300	1'300	4'600
– Diverse Sanierungen Kantonsschule	1'500	1'000	700	200	3'400
Studiendarlehen	15	35	55	55	160
Total	3'515	4'035	2'055	2'555	12'160

Die grösste Steigerung bei den Bildungskosten ist bereits im Übergang von der Rechnung 2008 zum Staatsvoranschlag 2009 zu verzeichnen und betrifft im Wesentlichen die Bereiche:

- Besoldungen der Lehrpersonen aller Stufen (2.5 Prozent generelle und 1 Prozent individuelle Lohnentwicklung)
- Sonderschulen infolge NFA (Wegfall von IV-Zahlungen; höhere Staatsbeiträge an Schaffhauser Sonderschulen und ausserkantonale Sonderschulen)

- Schul- und Studiengelder in der höheren Berufsbildung und bei den Hochschulen

Die Zahlen aus der Vorlage «Bildungskostenbalance» (Anteil Kanton an den Lehrergehältern neu 40,5 Prozent statt 43,5 Prozent) sind ab 2010 im Finanzplan enthalten. Die Steigerung ab Staatsvoranschlag 2010 resultiert vor allem aus den für die Besoldungsentwicklung eingestellten Beträgen (weitere Details unter «Entwicklung der Kosten»).

Entwicklung der Schülerzahlen

Schulart / Schülerinnen und Schüler	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Kindergarten	1'227	1'257	1'321	1'284
Primarschule (inkl. Sonderklassen)	4'255	4'104	3'980	3'916
Sekundarstufe I (inkl. Sonderklassen)	2'366	2'330	2'199	2'136
Kantonsschule	753	750	750	750
Pädagogische Hochschule	75	80	80	80
Berufsbildungszentrum BBZ	1'700	1'650	1'600	1'550
Handelsschule KVS	811	818	800	800
Total Schülerinnen und Schüler	11'438	11'207	11'015	10'930

Primar- und Sekundarstufe I

Im Kindergarten bleiben die Schülerzahlen in den nächsten Jahren konstant. Durch Vorverlegung des Schuleintrittsalters (HarmoS) ist mit einem leichten Anstieg in den kommenden Jahren zu rechnen. Dagegen werden die Schülerzahlen im Bereich Primarschule und Sekundarstufe I leicht sinken.

Sekundarstufe II

Die Zahl der Schulaustretenden ist seit 2006 rückläufig. Dieser Trend wird auch in den nächsten Jahren anhalten. Die Zahl der jährlich abgeschlossenen Lehrverträge ist einerseits von der Zahl der Schulaustretenden beeinflusst, stärker aber noch vom Lehrstellenmarkt, also von der Zahl der Lehrstellen, welche die Schaffhauser Betriebe bereit stellen.

III. FINANZPLAN 2010 – 2013**Entwicklung der Klassenzahlen**

Schulart / Klassenzahlen	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Kindergarten	73	75	79	76
Primarschule (inkl. Sonderklassen)	236	228	221	218
Sekundarstufe I (inkl. Sonderklassen)	148	146	137	133
Kantonsschule	38	38	38	38
Pädagogische Hochschule	3	3	3	3
Berufsbildungszentrum BBZ	122	122	122	122
Handelsschule KVS	48	48	47	47
Total Klassenzahlen	668	660	647	637

Beiträge an Universitäten, Fachhochschulen, Fachschulen und Schulen der regionalen Schulabkommen

Kategorien / in Mio. Franken	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Universitäten	7.00	7.00	7.00	7.00
Fachhochschulen	7.00	7.00	7.00	7.00
Hochschule für Heilpädagogik, Zürich	0.42	0.42	0.42	0.42
Fachhochschulen (höhere Berufsbildung)	1.20	1.20	1.20	1.20
Ausserkantonale Gymnasien	0.42	0.42	0.42	0.42
Schulen mit Angeboten für Hochbegabte	0.10	0.10	0.10	0.10
Total Beiträge	16.14	16.14	16.14	16.14

Reformen / Entwicklungen im Bildungswesen**Primar- und Sekundarstufe I**

Die Legislaturziele beziehen sich mehrheitlich auf das abgelehnte Schulgesetz. Eine Hochrechnung der Entwicklungskosten ist daher ohne Neuausrichtung oder Bestätigung der bestehenden Legislaturziele eher schwierig. Die folgenden Entwicklungsbereiche stehen im Mittelpunkt:

- Neukonzeption der geleiteten Schulen nach abgelehntem Schulgesetz
- Neuausrichtung der Abteilung Schulentwicklung, Steuerung und Aufsicht
- Aufbau der Schulevaluation
- Rahmenkonzept für Qualitätsentwicklung und -kontrolle
- Umsetzung des Sonderpädagogischen Konzeptes
- Englisch in der Primarschule und Folgeprojekt für Englisch an

der Sekundarstufe I

- Umsetzung des Informatikkonzepts an der Primar- und Sekundarstufe I
- Einführung des Europäischen Sprachenportfolios I
- Konkordat der EDK zur Sonderschulung im Zusammenhang mit NFA
- Umsetzungsmassnahmen HarmoS
 - Bedarfsgerechte Tagesstrukturen
 - Überprüfung der Leistungsstandards
- Ab 2011 gestaffelte Einführung geleiteter Schulen
- PISA 2012: Gesamterhebung

Sekundarstufe II

Kantonsschule

- Umsetzung der Empfehlungen aus der zweiten Evaluation des Maturitätsanerkennungsreglements (EVAMAR II)
- Verstärkte Förderung der Wahl von naturwissenschaftlichen Fächern
- Vermehrter Einsatz von ICT im Unterricht
- Förderung des selbstverantworteten Lernens

Berufsbildung

- Weitere Optimierung der Nahtstelle obligatorische Schule – Sekundarstufe II
- Umsetzung Case Management Berufsbildung
- Koordination der Brückenangebote
- Umsetzung Qualitätssicherung in der Berufsbildung (Betriebliche Bildung und Überbetriebliche Kurse)
- Einführung von bilingualem Fachunterricht an der Handelsschule KVS
- Förderung der zweijährigen beruflichen Grundbildung
- Validierung von bereits erbrachten Bildungsleistungen führt zum Eidg. Fähigkeitszeugnis
- Neugestaltung der Ausbildungsbeiträge (Stipendien und Darlehen) für die Sekundarstufe II und den Tertiären Bereich

Tertiärstufe

- Förderung der Höheren Berufsbildung und Weiterbildung im Kanton Schaffhausen im Dialog mit der Wirtschaft
- Neuregelung der Finanzierung der Höheren Berufsbildung
- Relaunch PHS: Neukonzeptionierung der Lehrpersonenbildung

Entwicklung der Kosten

Primar- und Sekundarstufe I

Die Kosten für den Kindergarten, die Primar- und die erste Sekundarstufe entwickeln sich nicht linear zu den Schülerzahlen. Die Klassenzahl steht nicht in mathematischer Korrelation zur Schülerzahl und nimmt nur bei der Unterschreitung von entsprechenden Schwellenwerten ab (Die Abnahme der Schülerzahl in einer Klasse führt nicht zwingend zur Auflösung des Klassenverbandes). Mit den abnehmenden Schülerzahlen ist dennoch mit einem leichten Rückgang der Klassenzahlen zu rechnen.

Mit der Einführung neuer Fachbereiche (Englisch an der Primar-, Informatik an der Sekundarstufe I) und der Klassenumverteilung im Zusammenhang mit der Einführung integrativer Schulformen und einer möglicherweise anstehenden Entlastung der Klassen-

lehrpersonen werden sich die Bildungskosten in diesem Bereich kaum verändern.

Werden ab 2011 gestaffelt geleitete Schulen eingeführt und aufgebaut, fallen auf Seiten des Kantons einmalige Unterstützungskosten von rund 2 Mio. Franken an (Schulleiterausbildung, lokale Schulentwicklung, Beratung und Begleitung). Diese Kosten verteilen sich auf mindestens 3 Jahre. Analog nimmt der Kantonsanteil an der Besoldung der Schulleitungen zu (wiederkehrend). Dagegen entfallen die jährlich anfallenden Beiträge an die TAGS-Schulen von ca. 220'000 Franken.

Sekundarstufe II

Die Bildungskosten für die Sekundarstufe II dürften sich, unter Berücksichtigung der Entwicklung der Schülerzahlen, während der nächsten vier Jahre stabilisieren.

Tertiärstufe

Mit dem vom Regierungsrat am 9. Juni 2009 beschlossenen «Relaunch» der PHS ist mittelfristig mit einem jährlich wiederkehrenden Mehrbedarf an finanziellen Mitteln von ca. 0,5 Mio. Franken zu rechnen. Demgegenüber wird aber auch mit zusätzlichen Einnahmen (Drittmittel) aus Forschungsaufträgen und zusätzlichen Studiengeldern (mehr ausserkantonale Studierende) zu rechnen sein.

Kantonale Schulbauten

Bei den Kantonalen Schulbauten soll durch geeignete Massnahmen die Energieeffizienz verbessert werden. Dies soll durch die Gebäudehüllensanierung an der BBZ und den Bau von Fotovoltaikanlagen auf Gebäuden der Kantonsschule erfolgen. Sanierungsbedarf besteht auch bei Fassaden und Schulzimmern an der Kantonsschule.

Berufsbildungszentrum (BBZ)

Hauptbau: Planung wärmetechnische Sanierung Gebäudehüllen, Organisation Wettbewerb

2011 – 2013 Realisation der wärmetechnischen Sanierung der Gebäudehüllen in Etappen

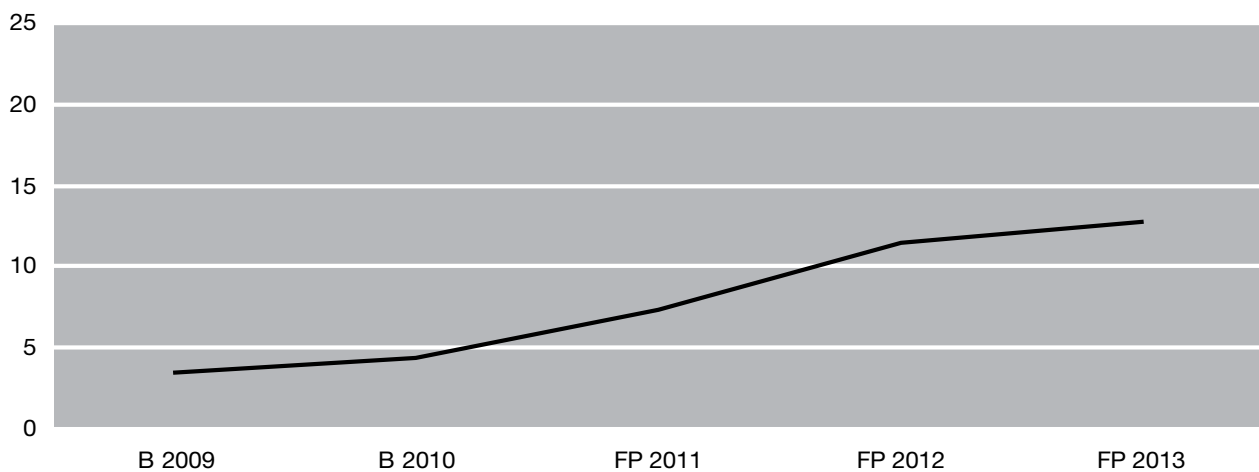
Kantonsschule mit Fachmittelschule (FMS)

2010 Erstellung einer Photovoltaikanlage auf den Dächern des Erweiterungsbaus und der Turnhalle Förderer Sport E

2010 – 2012 Sanierung der Gebäudehülle des Bau B in Etappen
2013 Schulzimmersanierungen 1. Etappe im Förderer Bau C

III. FINANZPLAN 2010 – 2013**5. GESUNDHEIT****Laufende Rechnung**

in Mio. Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Aufwand	86.9	90.2	91.0	93.5	96.9	97.8
Ertrag	3.3	3.8	3.8	3.8	3.8	3.6
Nettoaufwand	83.6	86.4	87.2	89.7	93.1	94.2

Zunahme Nettoaufwand in Prozent gegenüber 2008**Nettoinvestitionen nach funktionaler Gliederung**

in 1'000 Franken	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	
<i>Spitäler Schaffhausen</i>					
– Diverse Sanierungen Spitäler	1'500	2'000	2'000	2'000	7'500
– Sofortmassnahmen Akutspital Trakt A	2'000	1'500			3'500
– Sanierung / Erweiterung Akutspital (Wettbewerb und Vorprojekt)			1'100	1'000	2'100
– Zwischensanierung Pflegezentrum	2'400	500			2'900
Total	5'900	4'000	3'100	3'000	16'000

Kantonsbeiträge an die Spitäler

Mit hoher Dringlichkeit müssen die Notfallstation und die Räumlichkeiten für den Rettungsdienst den veränderten Bedürfnissen angepasst werden (Realisierungsziel 2010/11). Zudem sind die Planungen für eine Gesamtanierung des Behandlungstraktes A und des Pflgetraktes B sowie die Vorbereitung einer Ersatzlösung für das Pflegezentrum weiter voranzutreiben. Zu diesen Zwecken werden in der nächsten Finanzplanperiode sehr erhebliche Mittel bereitzustellen sein.

Bei der Spitalfinanzierung steht in der Mitte der Finanzplanperiode per 1. Januar 2012 eine tief greifende Systemveränderung bevor: Nach den neuen bundesrechtlichen Vorgaben wird sich der Kanton künftig schweizweit an allen stationären Behandlungskosten von Kantonseinwohnerinnen und -einwohnern in allen öffentlichen und privaten Spitälern, soweit sie auf die Spitallisten der Standortkantone aufgenommen sind, beteiligen müssen. Auf der anderen Seite werden die Kostenbeiträge der Krankenversicherer für Behandlungen in den kantonalen Spitälern leicht erhöht (Einbezug der Investitionen in die anrechenbaren Betriebskosten, verbunden mit einem erwarteten Tarifanstieg in der Grössenordnung von 10 Prozent).

Die Kostenfolgen für den Kanton können erst mit grossen Vorbehalten beziffert werden. Offene Fragen bestehen insbesondere noch in Bezug auf das Ausmass, in dem die Kantone künftig Privatspitäler auf die Liste der kassenzulässigen Spitäler aufnehmen werden. Zudem können neue politische Interventionen des Bundes zur Begrenzung der Spitaltarife vor dem Hintergrund der jährlichen Prämienentwicklungen nicht ausgeschlossen werden. Im Finanzplan sind die Kostenfolgen der neuen Spitalfinanzierungsregeln ab 2012 mit 4,5 Mio. Franken pro Jahr eingesetzt. Dieser Saldowert liegt am unteren Ende der heute absehbaren Prognose-Spannbreite.

Bei der Kostenentwicklung in den kantonalen Spitälern Schaffhausen wird erwartet, dass die eingeleiteten Massnahmen zur Effizienzsteigerung zunehmend greifen und zu einer Begrenzung des kantonalen Zuschussbedarfs in der Laufenden Rechnung führen werden. Auf der anderen Seite zeichnet sich ein grosser Erneuerungsbedarf bei den aus den 1970er-Jahren stammenden Spitalbauten ab.

Altersbetreuung und Spitex-Pflege

Im Bereich der Alterspflege sind aufgrund der neuen Bundesvorgaben zur Pflegefinanzierung Mehrbelastungen der öffentlichen Haushalte im geschätzten Rahmen von rund 3 Mio. Franken pro Jahr zu erwarten (Entlastung v. a. von schwer pflegebedürftigen

Patienten im Heimbereich). Auf Stufe der Gemeinden wird der Kostenschub ab Mitte 2010 wirksam. Der Kanton, der die Aufwendungen der Gemeinden aufgrund des neuen Altersbetreuungs- und Pflegegesetzes im Folgejahr hälftig refinanziert, spürt die Folgen anteilig mit einem Zeitverzug von einem Jahr (+ 0,75 Mio. Franken im Jahr 2011 beziehungsweise 1,5 Mio. Franken ab 2012). Rund ein Drittel der Zusatzbeiträge an die Heime kann durch Minderaufwendungen bei den Ergänzungsleistungen kompensiert werden.

Unabhängig von den neuen Bundesvorgaben zur Pflegefinanzierung muss in der Spitex-Pflege bedarfsseitig eine grosse Wachstumsdynamik aufgefangen werden, die sich vorab aus der demografischen Entwicklung und den Veränderungen im Spitalbereich ergibt (kürzere stationäre Behandlungen). Mit dem neuen Altersbetreuungs- und Pflegegesetz hat der Kanton die Voraussetzungen geschaffen, die zunehmenden Bedürfnisse zu einem namhaften Teil über gestärkte regionale Spitex-Organisationen auffangen zu können. Der Auf- und Ausbau dieser Organisationen wird auf der Ebene der Gemeinden zu Mehrkosten führen, an denen sich der Kanton zu 50 Prozent beteiligt.

Beiträge zur Prämienverbilligung

Neben den Direktbeiträgen von Kanton und Gemeinden an die Spitäler, Heime und Spitexdienste haben die Beiträge zur Verbilligung der Krankenversicherungsprämien in den letzten Jahren eine wachsende finanzielle Bedeutung erlangt: Gemäss geltenden rechtlichen Regelungen muss jede Erhöhung des Grundversicherungs-Prämienvolumens der Kantonsbevölkerung zu rund 30 Prozent über die Prämienverbilligung aus öffentlichen Mitteln refinanziert werden.

Im Jahre 2010 muss ein ausserordentlich starker Prämien Schub und dementsprechend auch ein ausserordentlicher Belastungszuwachs in der Prämienverbilligung erwartet werden. Nach diesem Sonderjahr, in dem die ungenügenden Prämienaufschläge der Vorjahre kompensiert werden müssen, sind weitere Belastungszuwächse im Rahmen von mindestens 2 Mio. Franken pro Jahr (brutto) beziehungsweise 0,4 Mio. Franken (Anteil Kanton netto) zu erwarten. Eine Linderung dieser Dynamik wird erst mittelfristig eintreten, wenn es mit neuen bundesrechtlichen Vorgaben zur Krankenversicherung gelingt, das übergeordnete rasante Wachstum der Gesundheitskosten nachhaltig zu bremsen.

Pflegezentrum / Spital

Neben der Sanierung des Bettentraktes des Pflegezentrums sind vor allem am Kantonsspital diverse technische Anpassungen zu machen sowie bauliche Ergänzungen für die Bereiche Notfall und Rettungswesen zu realisieren. Gleichzeitig sind die Grund-

III. FINANZPLAN 2010 – 2013

lagen für die langfristigen Konzepte für die Sanierung / Neubau von Liegenschaften der Spitäler Schaffhausen zu erarbeiten.

Spitäler Schaffhausen

- | | |
|-------------|--|
| 2010 | Grobplanung für die Wärmeversorgung auf dem Areal Geissberg |
| 2010 – 2011 | Sanierung des Pflgetraktes Geriatrie (Pflegezentrum) des Kantonsspitals
Neubau Rettungsdienst |
| 2010 – 2013 | Diverse Sanierungen Spitäler Schaffhausen (insbesondere technische Einrichtungen) |
| 2011 | Erweiterung Ambulatorium |
| ab 2012 | Wettbewerb und Vorprojekt Sanierungs- und Erweiterungsbauten Kantonsspital |

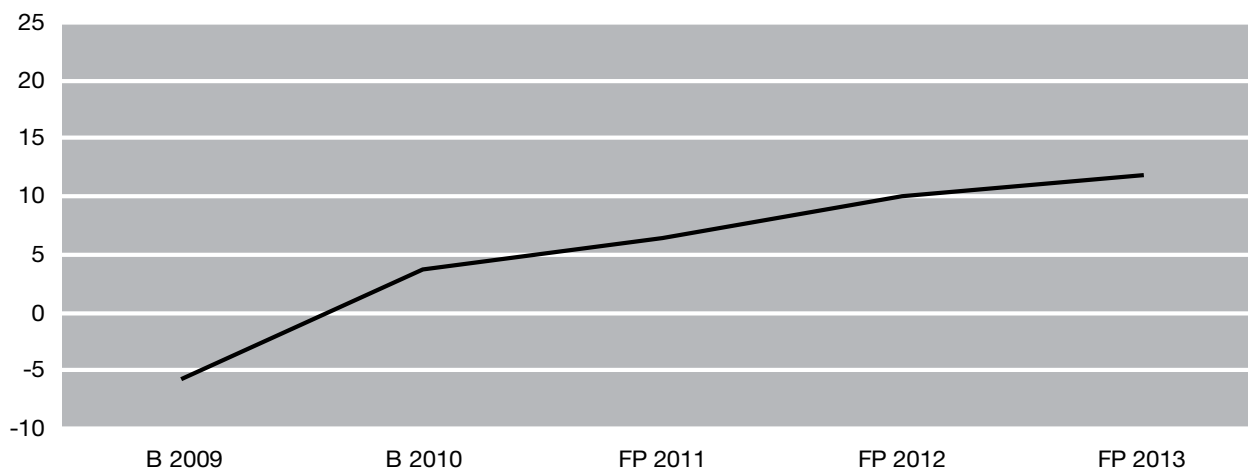
III. FINANZPLAN 2010 – 2013

6. SOZIALE WOHLFAHRT

Laufende Rechnung

in Mio. Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Aufwand	118.3	116.8	129.0	132.7	137.1	140.3
Ertrag	51.4	53.7	59.5	61.5	63.4	65.4
Nettoaufwand	66.9	63.1	69.4	71.2	73.6	74.9

Zunahme Nettoaufwand in Prozent gegenüber 2008



Nettoinvestitionen nach funktionaler Gliederung

in 1'000 Franken	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	Total
<i>Beiträge an Altersheimbauten</i>					
– Künzle-Heim	1'100	1'100			2'200
– Altershaamet Wilchingen	150	170			320
Total	1'250	1'270			2'520

Integration

Durch die vom Volk im September 2006 gutgeheissenen und per 1. Januar 2008 in Kraft gesetzten Änderungen im Asyl und Ausländergesetz wird der Integration eine wichtigere Rolle zugeschrieben. Aufgrund dieser Bundesvorgaben, welche in der Integrationsverordnung konkretisiert werden, sind die Beiträge der Kantone an die Integrationsförderung zu erhöhen. Dank dem einmaligen Ertragsüberschuss im Jahr 2008 und dem gestaffelten Rückzug des Bundes kann die Kompensation zeitlich erstreckt werden. Im Finanzplan steht der schrittweisen Erhöhung des Kantonsbeitrages somit ein schrittweiser Rückgang des Aufwandüberschusses gegenüber.

Soziale Wohlfahrt

Aufgrund der ökonomischen Krise mit den hohen Arbeitslosenzahlen werden die Sozialhilfekosten voraussichtlich in den nächsten Jahren steigen. Zusätzlich auswirken dürften sich die geplante Revision der Arbeitslosenversicherung und die Umsetzungsfolgen der 5. IV-Revision.

Aufsicht und Finanzierung stationäre Sozialhilfeeinrichtungen (Heime, IV-Bereich)

Da auch zum heutigen Zeitpunkt noch keine konsolidierten Abrechnungen der ausserkantonalen Institutionen vorliegen, kann erst ab dem Budget 2011 von gesicherten Zahlen ausgegangen werden. Das Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG, SR 831.26) verpflichtet die Kantone zur Übernahme der Leistungen.

Aus diesen Gründen sind im Finanzplan von 2011 bis 2013 die Budgetzahlen 2010 mit entsprechenden Teuerungsanpassungen für die folgenden Jahre sowohl für die Sozialhilfeausgaben (2181) als auch für die Heimsubventionen (2184) eingesetzt.

Ergänzungsleistungen

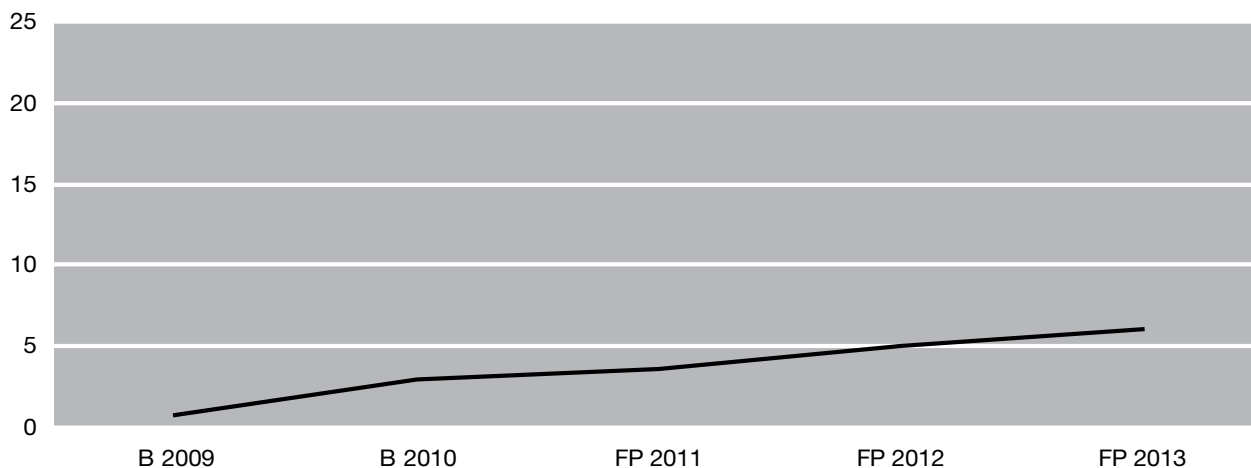
Basierend auf den Erfahrungswerten der vergangenen Jahre ist mit einem jährlichen Anstieg der Ergänzungsleistungen (EL) von rund 1,0 Mio. Franken zu rechnen.

Der Anstieg kann allenfalls aufgrund der Neuordnung der Pflegefinanzierung ab 2011 gemildert werden.

Die Auswirkungen der Revision von Bundesgesetzen (IV-Revision 6a, 11. AHV-Revision) auf die EL sind im heutigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen. Zudem ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen noch offen.

III. FINANZPLAN 2010 – 2013**7. GESELLSCHAFT, KULTUR UND SPORT****Laufende Rechnung**

in Mio. Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Aufwand	7.3	7.5	7.6	7.7	7.8	7.9
Ertrag	0.2	0.3	0.3	0.4	0.4	0.4
Nettoaufwand	7.1	7.1	7.3	7.3	7.4	7.5

Zunahme Nettoaufwand in Prozent gegenüber 2008**Nettoinvestitionen nach funktionaler Gliederung**

in 1'000 Franken	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	Total
Investitionsbeitrag KSS Eishalle	2'500				2'500

Kulturförderung / Kulturstrategie

Das Erziehungsdepartement leistet gestützt auf das Kulturgesetz vom 17. Juni 2002 (SHR 441.100) aus dem Lotteriegewinnfonds unter der Finanzposition 7251.361 Beiträge an die Kulturförderung. Es handelt sich um jährlich rund 2,1 Mio. Franken.

Es ist möglich, dass es gestützt auf die Empfehlungen der Kulturstrategie, an deren Erstellung zur Zeit gearbeitet wird, mittelfristig zu einer Ausweitung der finanziellen Leistungen für die Kultur kommen wird.

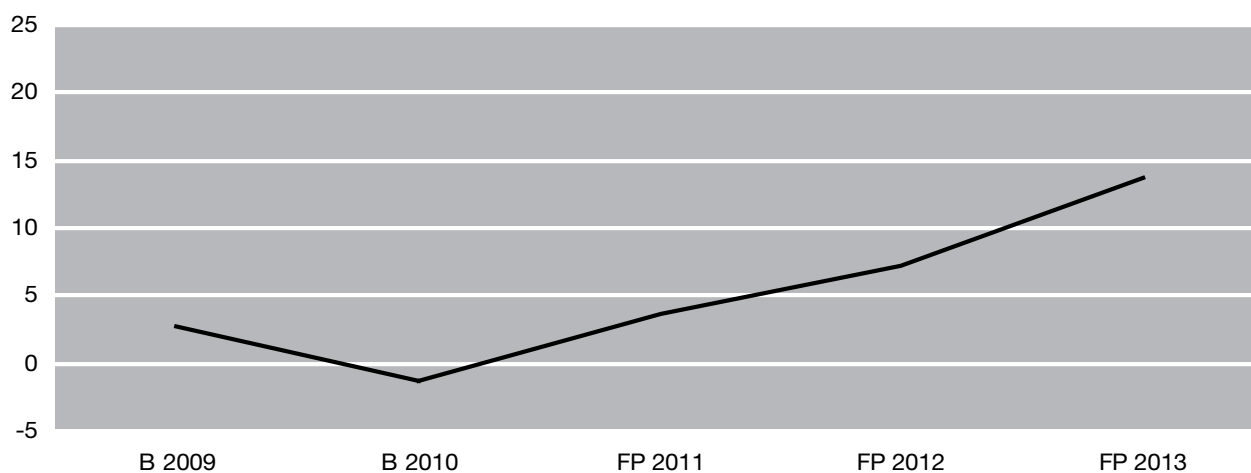
Archäologie

Die Archäologie ist in den kommenden Jahren mit folgenden Schwerpunkten gefordert:

- Bewältigung der nach wie vor zahlreich anfallenden Notgrabungen im Rahmen von Bauvorhaben, vermehrt aber auch durch fortgeschrittene landwirtschaftliche Zerstörung.
- Aufarbeitung grossflächiger Grabungen und umfangreicher Fundkomplexe. Bedingt durch die intensive Grabungstätigkeit der letzten Jahre besteht hier ein grosser Nachholbedarf.
- Attraktivierung und bessere touristische Nutzung bedeutender archäologischer Fundstellen im Kanton (röm. Schleithem-Iuliomagus, Kesslerloch, spätröm. Kastell Stein am Rhein). Erforderlich ist hierfür die Erarbeitung von Grundlagen, und es sind Aufwendungen im Bereich Restaurierung und Präsentation unumgänglich.

III. FINANZPLAN 2010 – 2013**8. SICHERHEIT****Laufende Rechnung**

in Mio. Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Aufwand	76.2	78.8	79.6	80.4	82.0	84.0
Ertrag	51.2	50.0	52.0	51.4	52.1	52.2
Nettoaufwand	25.0	28.7	27.6	29.0	30.0	31.8

Zunahme Nettoaufwand in Prozent gegenüber 2008**Nettoinvestitionen nach funktionaler Gliederung**

in 1'000 Franken	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	Total
Vermessungsamt AV93	1'090	1'451	1'609	1'652	6'508

Sicherheit

Der Bereich «Sicherheit» umfasst die Rechtsaufsicht, die Polizei, die Rechtsprechung, den Strafvollzug, die Feuerwehr und die militärische und zivile Landesverteidigung. Die Kostenentwicklung (Laufende Rechnung) in diesem personalintensiven Bereich wird hauptsächlich durch den Anstieg der Personalkosten beeinflusst. Im Weiteren wirkt sich die Neuorganisation der Strafverfolgungsbehörden im Zusammenhang mit der Einführung der neuen schweizerischen Prozessordnungen (Zivil- und Strafprozessordnung sowie Jugendstrafverfahrensgesetz) aus, wie sie dem Kantonsrat mit der Vorlage zu einem Justizgesetz am 19. Mai 2009 unterbreitet worden ist.

Neubau eines Kantonalen Sicherheitszentrums

Das heutige Kantonale Gefängnis, erstellt in den Jahren 1912 – 1914, dient dem Vollzug unterschiedlicher Haftformen (Polizei-, Untersuchungs-, Auslieferungs-, Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft, Halbgefangenschaft, Einschliessung Jugendlicher und Strafvollzug bis 6 Monate für Straftäterinnen und Straftäter). Es ist veraltet und weist zahlreiche bauliche und sicherheitstechnische Mängel auf, welche mit einem Neubau ausserhalb der Schaffhauser Altstadt für das Kantonale Gefängnis und die Staatsanwaltschaft bestehend aus Staatsanwaltschaft, Untersuchungsrichteramt, Jugendanwaltschaft und Verkehrsstrafamt eliminiert werden sollen. Die Planung des Neubaus (inkl. Planungswettbewerb) bis hin zur Kreditvorlage wird voraussichtlich die ganze Finanzplanperiode in Anspruch nehmen. Die Planungskosten inklusive die Kosten einer Machbarkeitsstudie über die bessere Nutzung des alten Standorts des Gefängnisses betragen rund 1,0 Mio. Franken. Der Kredit wurde vom Kantonsrat am 17. August 2009 bewilligt. Der Baubeginn für das kantonale Sicherheitszentrum ist auf 2014 geplant. Die Baukosten werden auf über 20 Mio. Franken geschätzt und nicht mehr in dieser Finanzplanperiode zahlungswirksam werden. Im Budget 2010 beziehungsweise im Finanzplan eingestellt sind indessen Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit durch Einführung eines Nachtdienstes und bauliche Anpassungen. Sie betreffen die Laufende Rechnung.

Amtliche Vermessung

Gemäss den Vorgaben des Bundes sind die Daten der amtlichen Vermessung in ein digitales, datenbankgestütztes Informationssystem zu überführen. Im Rahmen einer ersten Etappe wurden die Daten flächendeckend in einer nummerierten

Form erstellt, allerdings erst zu 15 Prozent im definitiven Standard. Von 2008 bis 2013 soll die ganze Kantonsfläche in den definitiven Standard überführt werden. An die Kosten von 16,5 Mio. Franken leistet der Bund einen Beitrag von 2,4 Mio. Franken. Die Gemeinden haben insgesamt 8,4 Mio. Franken zu übernehmen. Für den Kanton verbleibt ein Nettobetrag von 5,7 Mio. Franken. Der entsprechende Verpflichtungskredit wurde vom Kantonsrat am 4. Juli 2005 bewilligt.

Gefahrenkarten

Die Erstellung der Gefahrenkarten sollte anfangs 2011 abgeschlossen sein. Für 2010 wird dazu ein Zusatzkredit zum bereits bestehenden Verpflichtungskredit beantragt. Für die Nachführung der vorhandenen Gefahrenkarten sind jährlich 30'000 Franken notwendig.

Im Zusammenhang mit der Behebung von Schutzdefiziten sowie der Planung und Realisierung von Schutzbauten an Gewässern ist mit einem leicht steigenden Bedarf zu rechnen, da mit zunehmender Anzahl Gemeinden, welche von den Gefahrenkarten betroffen sind, auch der Bedarf an Abklärungen und Planungen steigt. Für die eigentliche Planung von Schutzbauten entlang von Erstklassgewässern sind vorerst noch keine Mittel vorgesehen, diese können frühestens ab 2010 geplant und abgeschätzt werden.

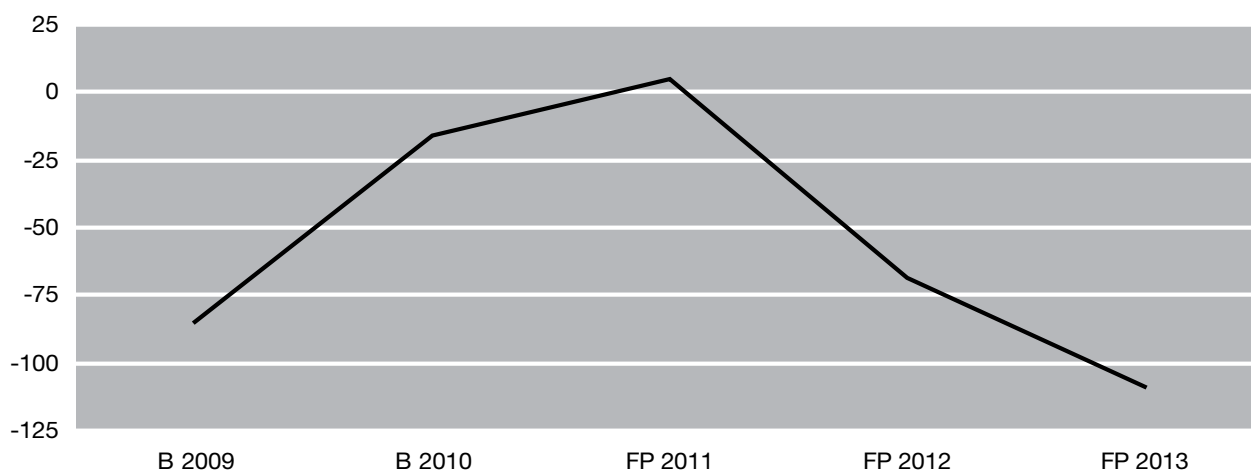
III. FINANZPLAN 2010 – 2013

9. SIEDLUNGSENTWICKLUNG UND UMWELT

Laufende Rechnung

in Mio. Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Aufwand	3.9	4.6	4.6	4.6	4.6	4.6
Ertrag	3.6	4.6	4.4	4.3	4.5	4.6
Nettoaufwand	0.3	0.0	0.2	0.3	0.1	0.0

Zunahme Nettoaufwand in Prozent gegenüber 2008



Keine Investitionen

Siedlungsentwicklung

Die Umsetzung der Verdichtung nach innen gemäss Legislaturzielen 2009 – 2012 erfordert die Bereitstellung von Grundlagen und Instrumenten. Aussagekräftige Grundlagen, die über eine Grobschätzung hinausgehen, sind unabdingbar, um die Umsetzung auf Stufe Richt- und Nutzungsplanung zu ermöglichen. Neben der Anwendung dieser beiden traditionellen Instrumente sind auch neue Instrumente wie etwa der «ImmoCheck Schaffhausen» sowie weitere Instrumente zur Förderung der inneren Verdichtung zu entwickeln. Im Weiteren erfolgt eine Anpassung der Gesetzes- und Planungsgrundlagen, insbesondere durch die Revision des Baugesetzes. Der Schwerpunkt der Revision des Baugesetzes liegt in der Einarbeitung der Definitionen der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) ins Baugesetz (mit gleichzeitigem Beitritt zur IVHB) sowie der Harmonisierung energierechtlicher Bestimmungen.

Umweltschutz

Der Kanton Schaffhausen vollzieht neben dem Umweltrecht im Kanton auch das Lebensmittelrecht in den Kantonen AI, AR GL und SH. Overheadkosten werden gemäss Kostenrechnung auf die Kantone aufgeteilt.

Die Aufgaben im Vollzug des Umweltrechts werden wie in den vergangenen Jahren auch in den Jahren 2010 bis 2013 sukzessive zunehmen. Trotzdem ist davon auszugehen, dass der Nettoaufwand lediglich teuerungs- und lohnbedingt steigen wird und somit keinen grossen Schwankungen unterliegt. Dies soll durch eine verstärkte Kooperation mit anderen Kantonen in Einzelbereichen, durch eine Verlagerung der Tätigkeitsschwerpunkte sowie durch eine laufende Optimierung der Arbeitsabläufe erreicht werden. Die Massnahmen gemäss Legislaturprogramm 2009 bis 2012 sollen daher mit den bestehenden Ressourcen bearbeitet werden. Dazu zählen: Die Umsetzung des Massnahmenplans Lufthygiene 2006/2007, die Umsetzung der Abfallplanung 2008, die Unterstützung der Gemeinden bei der Bildung von grösseren Wasserversorgungseinheiten sowie die interdisziplinäre Untersuchung von möglichen Einflüssen des Klimawandels. Der Aufwand für die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Sachplanverfahren «Tiefenlager für radioaktive Abfälle» wird durch den Bund abgegolten.

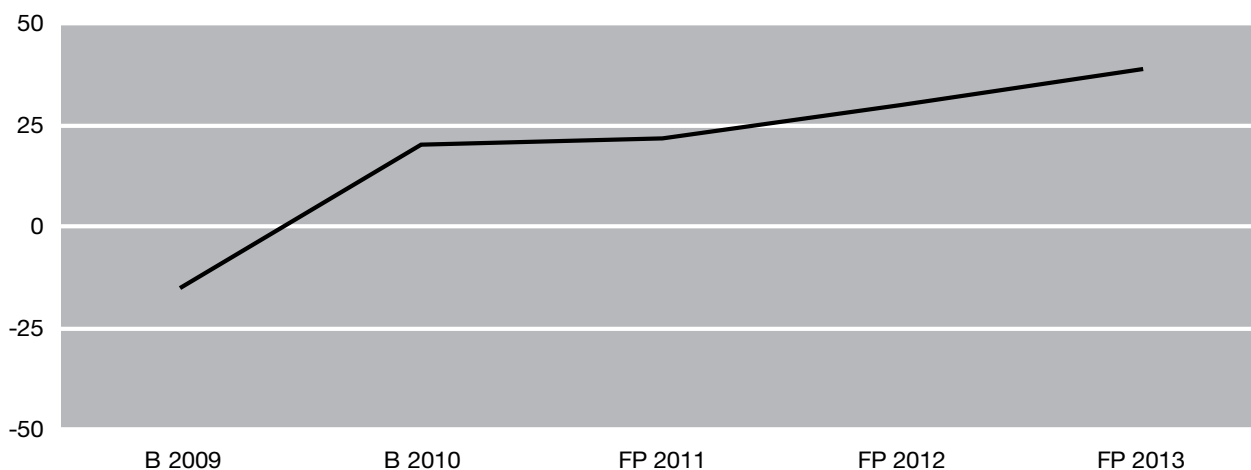
Wasserwirtschaftsplan

Für das Legislaturziel «Nachhaltiger Umgang mit der Ressource Wasser» wurde der Wasserwirtschaftsplan erarbeitet. Die eigentliche Erstellung des Wasserwirtschaftsplanes ist abgeschlossen. Hingegen ergeben sich aus den gemäss Wasserwirtschaftsplan

umzusetzenden Massnahmen Kosten (Konto 2326.318.5020: Wasserflächenbeanspruchungen: Erhebung der Flächen, Überarbeitung Materialabbaukonzept, GW-Bewirtschaftung CH-D: Umsetzung Interreg IIIa). Im Zusammenhang mit dem Legislaturziel «Verstärkte Anstrengung zur Gewässerrenaturierung» sind verschiedene Projektierungen für Bauprojekte vorgesehen (Konto 2326.318.5020: 08. Projektierung Renaturierung Wutach / Wunderklingen, 09. Projektierung Renaturierung Biber, 10. Projektierung Renaturierung Wutach / Schleithem, Ergänzungen Ökomorphologie und Raumbedarf). Als Folge davon sollen verschiedene Bauprojekte an Erstklassgewässern umgesetzt werden (Konto 2326.314.1200 Ausbau Gewässer 1. Klasse, Renaturierung Biber, Renaturierung Wutach / Schleithem, Renaturierung Wutach / Wunderklingen, Renaturierung Rhein). Als vorgesehene Massnahmen zur verstärkten Gewässerrenaturierung sollen die Kantonsbeiträge für Gemeindeprojekte erhöht werden. Zusätzlich sind Beiträge für Gewässerunterhalt von Gemeinden vorgesehen. Aufgrund der Umsetzung von verstärkten Massnahmen zur Gewässerrenaturierung ist im Übrigen mit einer Zunahme von Bundesbeiträgen im Rahmen der NFA sowohl für kantonseigene Projekte wie auch für Gemeindeprojekte zu rechnen.

III. FINANZPLAN 2010 – 2013**10. VERWALTUNG, GEMEINDEN UND AUSSENBEZIEHUNGEN****Laufende Rechnung**

in Mio. Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Aufwand	56.7	57.3	57.0	58.7	59.6	60.5
Ertrag	67.6	66.6	70.1	72.0	73.8	75.7
Nettoertrag	10.9	9.3	13.1	13.3	14.2	15.2

Zunahme Nettoertrag in Prozent gegenüber 2008**Nettoinvestitionen nach funktionaler Gliederung**

in 1'000 Franken	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013	Total
Informatik-Investitionen	2'058	1'820	1'820	1'820	7'518
Personalamt Lohnapplikation	850				850
Finanzverwaltung, Rechnungslegung HRM2		550	550		1'100
Total Informatik	2'908	2'370	2'370	1'820	9'468
<i>Hochbauten allgemein</i>					
– Sanierung Schloss Charlottenfels	800				800
– Umbauten / Umzüge Verwaltungsgebäude	1'400	700			2'100
– Umbau Sanierung Werkhof		500	3'200	3'300	7'000
– Projekt Neubau kantonales Sicherheitszentrum	350	350	300		1'000
Übriges, Unterhalt Liegenschaften	-90	-93	-93	-93	-369
Total Hochbauten	2'460	1'457	3'407	3'207	10'531
Total	5'368	3'827	5'777	5'027	19'999

Nebst dem Kostenaufwand des Parlaments, der Regierung sowie der Aussenbeziehungen wird unter «Verwaltung, Gemeinden und Aussenbeziehungen» der Aufwand der Finanz- und Steuerverwaltung (inklusive Finanzausgleich) und der Stabsfunktionen sowie der Unterhalt und die Abschreibungen auf den Verwaltungsliegenschaften zusammengefasst. Ins Gewicht fallen dabei insbesondere die erhöhten Abschreibungen auf den Verwaltungsliegenschaften als Folge der Gebäudesanierungen.

Aussenbeziehungen

Das strategische Ziel im Bereich der Aussenbeziehungen ist der Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich, den Ostschweizer Kantonen und der deutschen Nachbarschaft. In diesem Rahmen soll die gesamte Region als grenzüberschreitender Wirtschafts-, Lebens- und Kulturraum gestärkt werden. Als Legislaturziele sind die verstärkte Zusammenarbeit, die verbesserte Präsenz und die klare Positionierung des Kantons gegenüber dem Bund, den Kantonen und Baden-Württemberg definiert.

Als Massnahmen sind die Aktivitäten in verschiedenen grenzüberschreitenden Gremien zu nennen: Die Arbeiten im Verein Agglomeration Schaffhausen (VAS) sollen konsolidiert, die aktive Zusam-

menarbeit im Rahmen des Metropolitanraums Zürich vertieft und die institutionalisierte Kooperation mit anderen Kantonen in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und der Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) systematisiert werden.

Im internationalen Kontext stehen die aktive Mitarbeit in der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK), insbesondere die Umsetzung des IBK-Leitbildes, sowie die Entwicklung und Umsetzung von grenzüberschreitenden Projekten im Vordergrund.

Umsetzung Kindes- Erwachsenenenschutzrecht

Der Bund hat beschlossen, dass die mit dem Vormundschaftsrecht befassten Behörden per 2013 professionalisiert werden müssen. Neu zu schaffende Kindes- und Erwachsenenenschutzbehörden sollen die bisherigen Vormundschaftsbehörden der Gemeinden ersetzen und mit einer Reihe zusätzlicher Aufgaben betraut werden. Die angestrebte Professionalisierung verursacht dem Kanton einen erheblichen finanziellen Mehraufwand von voraussichtlich jährlich 1 - 1,5 Mio. Franken.

Dem Aufwand stehen folgende Einnahmen gegenüber:

Einnahmen allgemeine Verwaltung

in Mio. Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Land-/Liegenschaftenverkäufe			0.7	0.8	0.9	0.9
Miet- und Pachtzinsen	11.6	11.7	12.7	12.7	12.7	12.7
Anteil Ertrag Swisslos / Zahlenlotto	3.3	3.0	3.0	3.0	3.0	3.0
Anteil Ertrag Sporttoto	0.7	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6
Anteil Ertrag Schaffhauser Kantonalbank	19.9	19.0	21.6	23.2	24.8	26.4
Anteil Ertrag EKS	2.6	3.5	3.5	3.5	3.5	3.5
Anteil Ertrag Schweizerische Nationalbank	16.4	16.4	16.3	16.3	16.3	16.3
<i>Zwischentotal</i>	<i>54.5</i>	<i>54.2</i>	<i>57.7</i>	<i>59.3</i>	<i>60.9</i>	<i>62.5</i>
übrige Erträge	13.1	12.4	12.4	12.7	12.9	13.1
Total Erträge	67.6	66.6	70.1	72.0	73.8	75.7

III. FINANZPLAN 2010 – 2013

Staatsliegenschaften (neue Bezeichnung aus Zusammenführung der Finanzstellen 2332, 2334, 2530)

- 2010 Zusammenführung der Abteilungen Jugendanwaltschaft, Verkehrsstrafamt und Staatsanwaltschaft an einem Standort, Einmietung im SBB Bahnhof
Verkauf Münsterplatz 16
Umbauten der frei gewordenen Büros im 2. und 6. OG des Verwaltungsgebäudes Mühlenental für Abteilungen des Volkswirtschaftsdepartements, sowie von Büros des Arbeitsamtes
Sanierung Raumhülle der Rathauslaube, Boden, Wände, Decke, Fenster
Sanierung Gebäudehülle Schloss Charlottenfels
- 2011 Rathauslaube Anpassungen an heutige Anforderungen im Medienbereich, Beleuchtung, Möblierung
Sanierung Wohnhaus Fischzucht
- 2011 – 2013 Fassadensanierungen im Bereich Beckenstube, Herrenacker und Rathausbogen
Attraktivierung Areal Charlottenfels
Energetische Sanierung der Gebäude des Werkhofes Schweizersbild inkl. baulicher Anpassungen im Rahmen des Projektes Zusammenführung der Werkhöfe von Kanton und Stadt Schaffhausen

III. FINANZPLAN 2010 – 2013**11 ZUSAMMENFASSUNG****1 Aufwand nach Funktionen 2009 – 2013**

in 1'000 Franken		B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
1	Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit	46'018	47'338	48'084	48'816	48'347
2	Verkehr	52'176	52'808	54'077	55'711	57'919
3	Finanzen und Steuern	12'729	11'598	10'371	10'136	10'168
4	Bildung	148'200	146'015	149'785	152'511	154'009
5	Gesundheit	90'244	90'989	93'468	96'870	97'797
6	Soziale Wohlfahrt	116'805	128'971	132'691	137'070	140'258
7	Gesellschaft, Kultur und Sport	7'473	7'614	7'689	7'802	7'873
8	Sicherheit	78'757	79'605	80'383	82'040	84'009
9	Siedlungsentwicklung und Umwelt	4'620	4'621	4'648	4'589	4'628
10	Verwaltung, Gemeinden und Aussenbeziehungen	57'306	57'306	56'978	58'675	59'644
Totalaufwand		614'328	626'536	639'871	655'189	665'530
Veränderung (Zunahme) gegenüber dem Vorjahr		0.30%	1.99%	2.13%	2.39%	1.58%

2 Ertrag nach Funktionen 2009 – 2013

in 1'000 Franken		B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
1	Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit	36'299	36'485	37'147	37'235	36'630
2	Verkehr	22'183	22'121	22'005	22'244	23'203
3	Finanzen und Steuern	363'450	352'350	355'358	369'262	387'010
4	Bildung	15'856	17'057	17'011	16'995	17'004
5	Gesundheit	3'816	3'779	3'779	3'781	3'606
6	Soziale Wohlfahrt	53'679	59'537	61'482	63'434	65'389
7	Gesellschaft, Kultur und Sport	341	325	360	370	370
8	Sicherheit	50'013	52'014	51'379	52'064	52'218
9	Siedlungsentwicklung und Umwelt	4'578	4'487	4'357	4'502	4'652
10	Verwaltung, Gemeinden, Aussenbeziehungen	66'608	70'095	71'961	73'843	75'697
Totalertrag		616'823	618'150	624'838	643'729	665'779
Veränderung (Zunahme) gegenüber dem Vorjahr		-0.19%	0.22%	1.08%	3.02%	3.43%
Aufwandüberschuss		-2'495	8'386	15'033	11'460	-249

IV LAUFENDE RECHNUNG 2009 – 2013 NACH SACHGRUPPEN

1 AUFWAND NACH SACHGRUPPEN 2009 – 2013

in 1'000 Franken		B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
3	Aufwand (nach Sachgruppen)					
30	Personalaufwand	174'553	171'878	176'917	181'042	184'750
31	Sachaufwand	59'333	59'766	59'316	58'459	56'980
32	Passivzinsen	5'544	4'384	3'127	2'842	2'824
33	Abschreibungen	18'704	20'228	21'684	23'933	25'557
34	Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	7'522	7'810	7'833	7'868	7'905
35	Entschädigungen an Gemeinwesen	51'150	51'553	52'295	53'033	53'714
36	Eigene Beiträge	236'170	249'518	256'661	265'728	272'177
37	Durchlaufende Beiträge	35'029	36'002	36'560	36'600	35'800
38	Einlagen in Spezialfinanzierungen und Stiftungen	5'884	5'799	5'813	5'912	5'942
39	Interne Verrechnungen	20'439	19'598	19'665	19'772	19'881
	Totalaufwand	614'328	626'536	639'871	655'189	665'530
	Veränderung (Zunahme) gegenüber dem Vorjahr	2.30%	1.99%	2.13%	2.39%	1.58%

Der Finanzplan zeigt auf, welcher Aufwand beziehungsweise welche Ausgaben für die Aufgabengruppen erforderlich sind, welche Erträge erzielt werden und wie hoch der Nettoaufwand für den Aufgabenbereich ist. Die Gliederung nach Sachgruppen zeigt den Aufwand beziehungsweise den Ertrag über das gesamte Staatswesen hinweg nach der Aufwandart. Ein Schwerpunkt liegt in diesem Finanzplan in der Darstellung der Kostenentwicklung im Bereich von Informatik und eGovernment.

Die mit Abstand grösste Position im Aufwand nach Sachgruppen stellen die «**Eigenen Beiträge**» dar, die rund 40 Prozent der Gesamtausgaben ausmachen. Es handelt sich beispielsweise um die Beiträge zur Verbilligung der Krankenkassenprämien, um die Betriebszuschüsse an die eigenen Spitäler sowie die Staatsbeiträge an diverse Krankenanstalten, die Beiträge an die Sonderschulen und IV-Institutionen oder die Ergänzungsleistungen. Gegenüber dem Budget 2009 steigen diese Beiträge in der Finanzplanperiode um rund 36 Mio. Franken oder über 15 Prozent an. Die Ursachen dazu sind vielfältig. Einen wesentlichen Einfluss haben hier Änderungen des Bundesrechts (Spital- beziehungsweise Pflegefinanzierung) und die Kostensteigerung im Gesundheitswesen. Neben der wirtschaftlichen Lage mit Mehrausgaben im Sozialbereich hat auch die NFA Auswirkungen,

weil neu der Kanton die Leistungen an die IV-Einrichtungen (Wohnheime, Beschäftigungseinrichtungen) sowie die Kosten der Sonderschulung zu erbringen hat.

Die mit rund 28 Prozent des Gesamtaufwandes zweit grösste Position ist der **Personalaufwand**. Er nimmt in der Planperiode gegenüber dem Budget 2009 um 10 Mio. Franken oder 5,8 Prozent zu. Das Wachstum ist auf die eingerechnete Teuerung ab 2011 zurückzuführen. Über die gesamte Staatsverwaltung rechnen wir mit einem ungefähr gleich bleibenden Personalbestand.

Der **Sachaufwand** ist namentlich in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Im Finanzplan gehen wir nun von einer Stabilisierung im Budget 2010 und ab 2011 einem Rückgang von rund 2,8 Mio. Franken oder rund 4,7 Prozent bis 2013 aus. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass sich in der Laufenden Rechnung die EDV- beziehungsweise Informatikkosten zurückbilden, wie die speziellen Ausführungen zeigen.

Aufgrund der sehr guten Liquidität ist es in den folgenden Jahren noch möglich, die Passivzinsen zu reduzieren und namentlich höher verzinsliche Schulden zu tilgen oder günstiger zu refinanzieren. Als Folge der hohen Investitionen steigen indessen die Abschreibungen

in der Finanzplanperiode gegenüber dem Budget 2009 um rund 6,9 Mio. Franken oder 37 Prozent an. Der Anstieg wirkt sich nicht nur in dieser, sondern auch in den folgenden Finanzplanperioden aus, weil die vorgesehenen, sehr hohen Investitionen mit linearen Abschreibungen je nach ihrer Höhe in 10 bis 25 Jahren zu amortisieren sind. In der Folgeperiode werden auch die Zinskosten aufgrund der Finanzierungsfehlbeträge von immerhin kumuliert über 92 Mio. Franken wie-

der zuzunehmen. Das darf nicht unterschätzt werden, weil mittelfristig auch mit einem Anstieg der Kapitalzinsen gerechnet werden muss.

Informatik und eGovernment

Die laufenden Kosten für die Informatik der Verwaltung sind in den einzelnen Departementen enthalten. Die Informatikstrategiestelle ist im Erziehungsdepartement angesiedelt.

Informatik und eGovernment

in 1'000 Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Kantonsrat	11.4	14.3	12.8	12.8	12.8	12.8
Allgemeine Verwaltung	381.4	352.7	316.7	316.7	316.7	316.7
Departement des Innern	177.0	204.0	403.6	226.2	222.8	222.8
Erziehungsdepartement	1'013.5	1'339.5	1'496.4	1'419.4	1'418.9	1'418.9
Baudepartement	842.4	943.3	888.1	837.3	837.6	837.6
Volkswirtschaftsdepartement	1'351.2	1'789.3	1'526.3	1'831.1	1'627.1	1'547.1
Finanzdepartement	3'505.6	3'752.3	3'694.7	3'941.2	3'591.2	3'601.2
Gerichte	493.7	719.7	710.1	427.0	425.5	445.5
Informatik und eGovernment	7'776.1	9'115.1	9'048.7	9'011.7	8'452.6	8'402.6

Diese Zahlen setzen sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

Informatik-Projekte (311.9510)

in 1'000 Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Kantonsrat						
Allgemeine Verwaltung	72.2	67.8				
Departement des Innern		15.0	190.0	19.8	16.4	16.4
Erziehungsdepartement	312.8	365.0	510.1	350.0	350.0	350.0
Baudepartement	102.3	65.0	36.0			
Volkswirtschaftsdepartement	426.7	600.0	275.0	250.0		
Finanzdepartement	436.4	550.0	466.6	765.0	415.0	425.0
Gerichte		150.0	70.0			
Total Informatik-Projekte	1'350.3	1'812.8	1'547.7	1'384.8	781.4	791.4

IV LAUFENDE RECHNUNG 2009 – 2013 NACH SACHGRUPPEN**Anschaffungen EDV (311.9500)**

in 1'000 Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Kantonsrat						
Regierungsrat / Staatskanzlei		7.5				
Departement des Innern	0.6	1.9	8.9	1.7	1.7	1.7
Erziehungsdepartement	43.3	49.0	60.5	60.6	60.1	60.1
Baudepartement	14.6	47.4	37.5	22.7	23.0	23.0
Volkswirtschaftsdepartement	4.7	19.0	6.0	16.5	16.5	16.5
Finanzdepartement	113.0	133.0	160.5	147.4	147.4	147.4
Gerichte	28.7	7.0	32.6	6.1	4.6	24.6
Total Anschaffungen EDV	204.9	264.8	306.0	255.0	253.3	273.3

Im Konto 311.9500 Anschaffungen EDV werden Lizenzen für Einzelanwendungen, spezielle Geräte die nicht dem Standard entsprechen, z. B. Plotter sowie Kleinmaterial wie Mäuse und Ersatztastaturen verbucht.

Betriebskosten EDV (315.9500)

in 1'000 Franken	R 2008	B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Kantonsrat	11.4	14.3	12.8	12.8	12.8	12.8
Allgemeine Verwaltung	309.2	277.4	316.7	316.7	316.7	316.7
Departement des Innern	176.4	187.1	204.7	204.7	204.7	204.7
Erziehungsdepartement	657.4	925.5	925.8	1'008.8	1'008.8	1'008.8
Baudepartement	725.5	830.9	814.6	814.6	814.6	814.6
Volkswirtschaftsdepartement	919.8	1'170.3	1'245.3	1'564.6	1'610.6	1'530.6
Finanzdepartement	2'956.2	3'069.3	3'067.6	3'028.8	3'028.8	3'028.8
Gerichte	465.0	562.7	607.5	420.9	420.9	420.9
Total Betriebskosten EDV	6'220.9	7'037.5	7'195.0	7'371.9	7'417.9	7'337.9

Mit den in den letzten Jahren im Kanton Schaffhausen erreichten Fortschritten im Bereich der elektronischen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), dem organisatorisch und technisch gut funktionierenden Betrieb sowie der hohen Fachkenntnisse und Leistungsbereitschaft der Mitarbeitenden der KSD und der kantonalen Verwaltung ist die Grundlage vorhanden, um sich in den nächsten vier Jahren den strategischen Fragestellungen des eGovernment und deren Umsetzung zu widmen. Im Fokus von eGovernment stehen die Geschäftsprozesse. Ziel ist, dort wo es von den Kunden (Unternehmen, Bürger und Verwaltung) gewünscht wird und wirtschaftlich

sinnvoll ist, den Automatisierungsgrad der Geschäftsabwicklungen mit Mitteln der Informatik bis zu vollständig automatisierten, d. h. medienbruchfreien Transaktionen zu erhöhen.

Insbesondere die im Erziehungsdepartement eingesetzten Werte und die Informatik-Investitionen müssen dazu beitragen, das im Legislaturprogramm 2009 – 2012 enthaltene Ziel «Erreichen einer vorderen Position im Informatik- und eGovernment-Bereich auf Kantons- und Gemeindeebene im schweizerischen Vergleich» mit den entsprechenden Massnahmen umzusetzen.

Im Konto 315.9500 Betriebskosten EDV sind die Betriebskosten für die Standard-Arbeitsplätze (Frontend-Leasing) enthalten. Diese Preise werden jährlich durch die Informatikstrategiestelle geprüft und vom Regierungsrat verabschiedet. Die Preise für die Standard-Arbeitsplätze wurden auf das Budget 2010 um 5,7 Prozent (Thin-Client), resp. 9,0 Prozent (PC) gesenkt. Die Kostensteigerung resultiert insbesondere aus den Betriebskosten für strategische

Anwendungen (z. B. Steuern, Personen- und Objektdatenplattform), die ebenfalls in diesem Konto verbucht werden. Die einmaligen Startkosten für diese Informatik-Projekte sind im Konto 311.9510 enthalten. Die Steigerung im Erziehungsdepartement erfolgte insbesondere aufgrund der Verschiebung der Telefonie von der Staatskanzlei zur Informatik. Diese Kosten wurden vor 2009 teilweise unter anderen Konten verbucht.

2 ERTRAG NACH SACHGRUPPEN 2009 – 2013

in 1'000 Franken		B 2009	B 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
4	Ertrag (nach Sachgruppen)					
40	Steuern	280'343	271'760	274'030	285'080	299'030
41	Regalien und Konzessionen	7'796	7'711	7'716	7'721	7'721
42	Vermögenserträge	67'438	69'563	70'584	71'734	73'591
43	Entgelte	56'513	57'250	57'186	57'333	57'626
44	Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	59'139	58'416	59'814	63'225	66'772
45	Rückerstattungen von Gemeinwesen	5'795	6'110	6'110	6'210	6'710
46	Beiträge für eigene Rechnung	78'039	84'255	86'163	88'384	90'888
47	Durchlaufende Beiträge	35'029	36'002	36'560	36'600	35'800
48	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen	6'292	7'485	7'010	7'670	7'760
49	Interne Verrechnungen	20'439	19'598	19'665	19'772	19'881
	Totalertrag	616'823	618'150	624'838	643'729	665'779
	Veränderung (Zunahme) gegenüber dem Vorjahr	-0.19%	0.22%	1.08%	3.02%	3.43%
	Aufwandüberschuss	-2'495	8'386	15'033	11'460	-249

Rund 45 Prozent des Ertrages der Laufenden Rechnung resultiert aus den **Steuereinnahmen**. Sie entwickeln sich – über die Planperiode betrachtet – ungefähr im Gleichschritt mit dem Total der übrigen Einnahmen. Nach dem Rückgang im Voranschlag 2010 gegenüber 2009 von rund 8,5 Mio. Franken oder 3 Prozent erwarten wir über die ganze Periode unter der Annahme der wirtschaftlichen Erholung ab 2011 eine leichte Verbesserung der Erträge.

Die **Beiträge für eigene Rechnung** entwickeln sich zu einem grossen Teil im Gleichschritt mit der Aufwandposition «Eigene Beiträge», weil verschiedene vom Kanton ausgerichtete Subventionen wie beispielsweise die Verbilligung der Krankenversicherungsprä-

mie (Bund und Gemeinden) oder die Ergänzungsleistungen (Bund) von Dritten mitfinanziert werden. Der Anstieg dieser Einnahmen ist denn auch auf die als Folge der Zunahme des Aufwandes höheren Beiträge zurückzuführen.

Die Zunahme der **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung** ist zum überwiegenden Teil auf die Kantonsanteile an den Bundessteuern und hier wiederum auf den Anteil an der direkten Bundessteuer zurückzuführen. Auch hier ist darauf hinzuweisen, dass dieser konjunkturabhängige Ertragsanteil unter der Annahme der wirtschaftlichen Erholung ab 2011 geschätzt worden ist.

V. BESTANDESRECHNUNG

Der **Eigenkapitalbestand** beträgt per Ende 2008 191,7 Mio. Franken. Ende 2009 kann aufgrund des Staatsvoranschlages mit einem Eigenkapital von rund 194,2 Mio. Franken gerechnet werden.

Auf Basis der voraussichtlichen Rechnungsergebnisse in der Finanzplanperiode wird das Eigenkapital bis 2013 auf voraussichtlich rund 159,5 Mio. Franken sinken.

Mit diesem soliden Eigenkapital ist es möglich, einen aufgrund von Ausserordentlichkeiten anfallenden Aufwandüberschuss in einem oder mehreren Rechnungsjahren aufzufangen.

Geht man von einem Bestand des abzuschreibenden Verwaltungsvermögens per Ende 2008 von 100,5 Mio. Franken aus, so wird das abzuschreibende Verwaltungsvermögen während der Finanzplanperiode durch die erhöhte Investitionstätigkeit auf rund 171,0 Mio. Franken ansteigen.

Der **Eigenfinanzierungsvortrag** wird von 104,6 Mio. Franken per Ende 2008 kontinuierlich abnehmen und voraussichtlich per Ende 2013 noch rund 2,3 Mio. Franken betragen.

VI. ÜBERSICHTEN (SALDO DER LAUFENDEN RECHNUNG UND INVESTITIONSRECHNUNG)

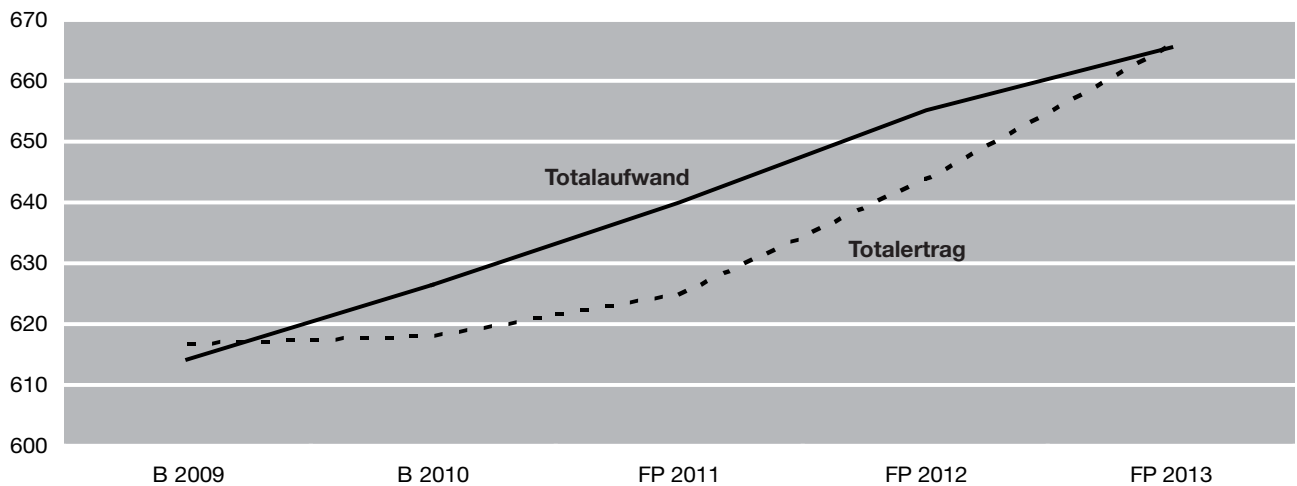
1.	Gesamtergebnis	52
2.	Entwicklung der Bilanzgruppen	53
3.	Nettoinvestitionen und Investitionsbeiträge	54
4.	Entwicklung der Investitionsrechnung	57
5.	Entwicklung der Nettolast	57

VI. ÜBERSICHTEN**1. GESAMTERGEBNIS DER VERWALTUNGSRECHNUNG**

in Franken	Budget 2009	Budget 2010	Finanzplan 2011	Finanzplan 2012	Finanzplan 2013	2010 – 2013 kumuliert
Laufende Rechnung						
Aufwand	614'327'700	626'536'100	639'870'800	655'189'400	665'530'500	2'587'126'800
Ertrag	616'822'400	618'149'700	624'838'200	643'729'600	665'779'100	2'552'496'600
Aufwandüberschuss		8'386'400	15'032'600	11'459'800		34'878'800
Ertragsüberschuss	2'494'700				248'600	248'600
Investitionsrechnung						
Ausgaben	31'533'000	44'852'500	47'010'000	44'048'000	34'688'000	170'598'500
Einnahmen	3'810'500	9'404'000	11'576'000	8'664'000	6'801'000	36'445'000
Zunahme Nettoinvestitionen	27'722'500	35'448'500	35'434'000	35'384'000	27'887'000	134'153'500
Finanzierung						
Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung		8'386'400	15'032'600	11'459'800		34'878'800
Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung	2'494'700				248'600	248'600
Zunahme Nettoinvestitionen	27'722'500	35'448'500	35'434'000	35'384'000	27'887'000	134'153'500
Finanzierungsbedarf	25'227'800	43'834'900	50'466'600	46'843'800	27'638'400	168'783'700
Abschreibungen	15'090'500	16'414'500	17'871'300	20'183'400	21'814'900	76'284'100
Finanzierungsfehlbetrag	10'137'300	27'420'400	32'595'300	26'660'400	5'823'500	92'499'600
Finanzierungsüberschuss						
Selbstfinanzierungsgrad in %	63.4	22.6	8.0	24.7	79.1	31.0

ENTWICKLUNG LAUFENDE RECHNUNG

Entwicklung Totalaufwand und Totalertrag B 2009 - FP 2013 (in Mio. Franken)



2. ENTWICKLUNG DER BILANZGRUPPEN

in Mio. Franken	Bestand Ende 2008	voraus. 2009	Bestand Ende Jahr gem. Budget 09 bzw. Finanzplan 10 - 13	2010	2011	2012	2013
Finanzvermögen	353.3	313.5	259.4	226.9	200.3	194.5	
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen	100.5	113.1	132.2	149.7	164.9	171.0	
Übriges Verwaltungsvermögen	117.1	117.1	117.1	117.1	117.1	117.1	
Bilanzfehlbetrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Total Aktiven	570.9	543.7	508.7	493.7	482.3	482.6	
Fremdkapital und Spezialfinanzierungen	379.2	349.5	322.9	322.9	323.0	323.1	
Eigenkapital	191.7	194.2	185.8	170.8	159.3	159.5	
Total Passiven	570.9	543.7	508.7	493.7	482.3	482.6	
Entwicklung Eigenfinanzierungsvortrag	104.6	94.6	67.2	34.6	8.0	2.3	

VI. ÜBERSICHTEN

NETTOINVESTITIONEN UND INVESTITIONSBEITRÄGE

ZUSAMMENZUG INVESTITIONSRECHNUNG

in 1'000 Franken		Budget 2009	Budget 2010	Finanzplan 2011	Finanzplan 2012	Finanzplan 2013
Departement des Innern						
4170	Beiträge an Altersheimbauten	1'250	1'250	1'270		
Erziehungsdepartement						
4200	Beiträge an Schulhausbauten	2'000	1'000	1'000	1'000	1'000
4202	Beiträge an Sporthallen		2'500			
4205	Kantoneigene Schulhausbauten	2'220	2'500	3'000	1'000	1'500
4220	Studiendarlehen	77	15	35	55	55
4230	Informatik-Investitionen	2'045	2'058	1'820	1'820	1'820
Baudepartement						
4310	Ausbau der Staatsstrassen	6'751	1'600	7'400	7'863	3'860
4320	Hochbauten allgemein	4'320	2'550	1'550	3'500	3'300
4325	Spitäler Schaffhausen	2'100	5'900	4'000	3'100	3'000
4335	Energieförderungsprogramm	1'900	2'400	2'400	1'900	1'900
4340	Investitionsbeiträge Öffentlicher Verkehr	300	7'075	8'000	10'000	10'000
4350	Rheinfallprojekt		1'500			
Volkswirtschaftsdepartement						
4400	Beiträge an Meliorationen	1'070	800	800	800	800
4445	Wirtschaftsförderung	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000
4460	Vermessungsamt AV93	1'090	1'451	1'609	1'796	1'652
Finanzdepartement						
4525	Personalamt Lohnapplikation	600	850			
4527	Finanzverwaltung Rechnungslegung HRM2			550	550	
Gesamttotal «Zunahme der Nettoinvestitionen» *		27'723	35'449	35'434	35'384	27'887
* Ergebnis aus:						
	Total Ausgaben	31'533	44'853	47'010	44'048	34'688
	Total Einnahmen	3'810	9'404	11'576	8'664	6'801

NETTOINVESTITIONEN UND INVESTITIONSBEITRÄGE

ERLÄUTERUNGEN INVESTITIONSRECHNUNG, SOWEIT MEHRERE POSITIONEN PRO KONTO

in 1'000 Franken		Budget	Finanzplan	Finanzplan	Finanzplan
		2010	2011	2012	2013
Departement des Innern					
4170	Beiträge an Altersheimbauten	1'250	1'270		
	– Künzle-Heim, Schaffhausen	1'100	1'100		
	– Altershaamet, Wilchingen	150	170		
Erziehungsdepartement					
4202	Beiträge an Sporthallen	2'500			
	– Investitionsbeitrag an KSS Eishalle	2'500			
4205	Kantoneigene Schulhausbauten	2'500	3'000	1'000	1'500
	Berufsbildungszentrum (BBZ, LBZ):				
	– Gebäudesanierung BBZ	1'000	2'000	300	1'300
	Kantonsschule				
	– Diverse Sanierungen	1'500	1'000	700	200
Baudepartement					
4310	Ausbau der Staatsstrassen	1'600	7'400	7'863	3'860
	Strassenbauprogramm	1'090	6'963	7'506	2'633
	(Belagssanierung / Oberbau - Verstärkung auf 40 Tonnen)				
	– Thayngen (Erlengasse-Chelepperegg)	1'100			
	– Thayngen - Dörflingen (Anschluss Süd-Neudörflingen)	380	379		
	– Hochstrasse Schaffhausen	160			
	– Zollstrasse Neuhausen am Rheinflall	200			
	– Neunkirch, Aufhebung Niveauübergang	-432 *	4'006	3'974	1'289
	– Wilchingen, Aufhebung Niveauübergang	-418 *	2'578	3'532	790
	– Neuhausen am Rheinflall, Knoten Rheinhof	50			
	– Löhningen K-Strasse 713, Strassenentwässerung	50			304
	– H13/H14 Strassenentwässerung, Störfallverordnung				250
	Sanierung Kunstbauten	230	230	250	250
	– Schaffhausen, Feuerthalerbrücke, Instandsetzung	150	150	150	150
	– Neuhausen am Rheinflall H4, Stützmauer Katzensteig / Rhiweg II	30			
	– Diverse Sanierungsprojekte Kunstbauten (u.a. Hemishoferbrücke T332)		30	50	50
	– Instandsetzung verschiedener kleinerer und mittlerer Brücken	50	50	50	50

* Die negativen Werte sind auf die Auflösung der in der Staatsrechnung 2009 gebildeten Vorfinanzierungen zurückzuführen.

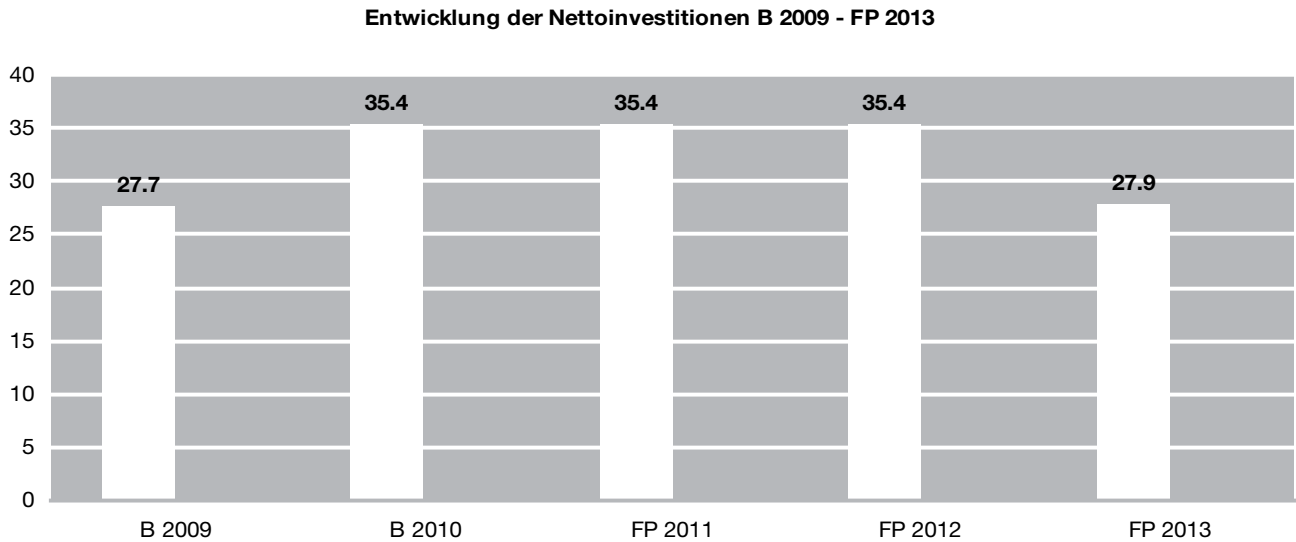
VI. ÜBERSICHTEN

NETTOINVESTITIONEN UND INVESTITIONSBEITRÄGE

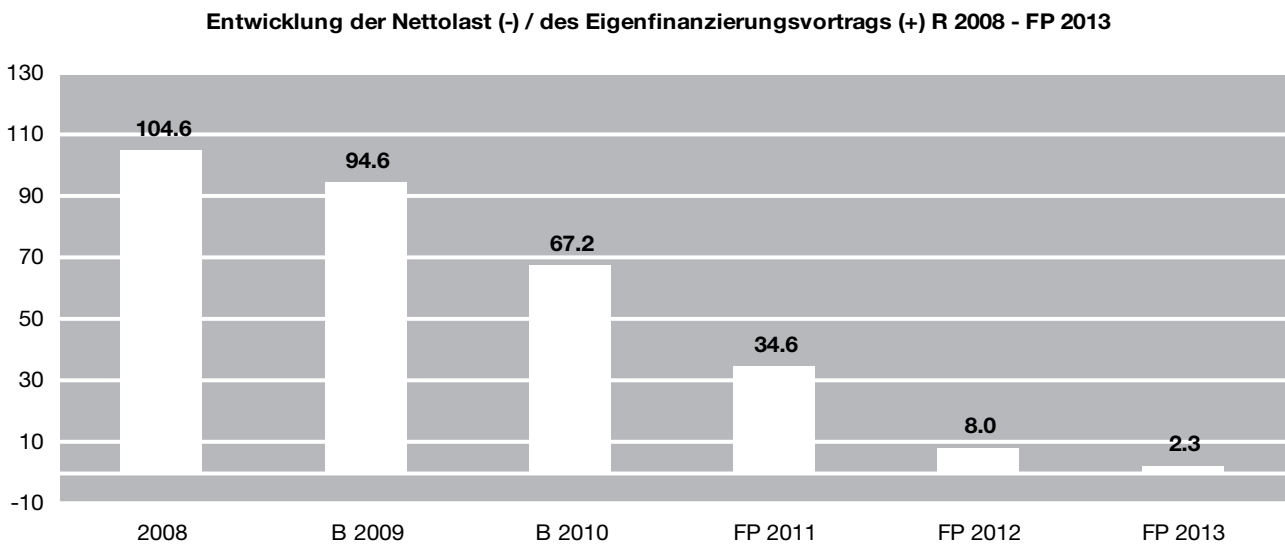
ERLÄUTERUNGEN INVESTITIONSRECHNUNG, SOWEIT MEHRERE POSITIONEN PRO KONTO

in 1'000 Franken		Budget 2010	Finanzplan 2011	Finanzplan 2012	Finanzplan 2013
Baudepartement					
Agglomerationsprogramm Strassen		300	250	150	670
Agglomerationsprogramm Langsamverkehr		70	50	50	400
Übriges / Unterhalt Liegenschaften		-90	-93	-93	-93
4320	Hochbauten allgemein	2'550	1'550	3'500	3'300
	– Sanierung Schloss Charlottenfels	800			
	– Umbauten/Umzüge Verwaltungsgebäude	1'400	700		
	– Umbau Sanierung Werkhof		500	3'200	3'300
	– Projekt kantonales Sicherheitszentrum	350	350	300	
4325	Spitäler Schaffhausen	5'900	4'000	3'100	3'000
	– Diverse Sanierungen	1'500	2'000	2'000	2'000
	– Sofortmassnahmen Akutspital Trakt A	2'000	1'500		
	– Sanierung/Erweiterung Akutspital: Wettbewerb und Vorprojekt			1'100	1'000
	– Zwischensanierung Pflegezentrum	2'400	500		
4340	Investitionsbeiträge öffentlicher Verkehr	7'075	8'000	10'000	7'000
	– Anteil Aktienkapitalerhöhung URh AG	575			
	– Agglomerationsprogramm Beiträge Ausbau und Modernisierung Bahnhöfe Thayngen, Herblingen (Bauprojekt), Schaffhausen (Bauprojekt 6. Perronkante) und Diverses	4'000	6'500	5'000	
	– Elektrifizierung DB-Strecke Schaffhausen - Erzingen (Inkl. Weiterführung bis Basel)	2'500	1'500	1'500	4'500
	– Agglomerationsprogramm Beiträge Neubau Modernisierung Bahnhöfe (Schaffhausen West)			3'500	2'500
4350	Rheinfallprojekt	1'500			
	– Erwerb Liegenschaften	1'000			
	– Selbstbedienungsrestaurant / Besucherführung Schlössli Wörth	500			

ENTWICKLUNG INVESTITIONSRECHNUNG (IN MIO. FRANKEN)



5. ENTWICKLUNG DER NETTOLAST (IN MIO. FRANKEN)



VII. SCHLUSSBEMERKUNGEN UND BEURTEILUNG

Bei der Finanzplanung werden verschiedene Annahmen getroffen, die sich im Verlauf der Zeit bestätigen können. Naturgemäss muss aber auch mit Abweichungen und nicht voraussehbaren beziehungsweise nicht vorausgesehenen äusseren Entwicklungen gerechnet werden, die den Finanzhaushalt beeinflussen werden. So wissen wir, dass wir in einer Rezession stehen. Wir wissen aber nicht, wie lange diese dauern und wie rasch und stark sich eine wirtschaftliche Erholung auswirken wird. Mit den staatlichen Eingriffen zur Unterstützung der Wirtschaft in den USA und in zahlreichen anderen Ländern sind die Staatsausgaben enorm angestiegen und mit der Zins- und Kreditpolitik der Nationalbanken wurden dem Markt enorme Summen von billigem Geld zur Verfügung gestellt. Das sind an sich die Grundlagen sowohl für neue Blasen als auch für inflationäre Entwicklungen.

Das Budget 2010 und die Planjahre 2010 – 2013 sind geprägt von der wirtschaftlichen Lage. In den Jahren 2010 bis 2012 rechnen wir in der Laufenden Rechnung mit Fehlbeträgen; im Jahr 2013 zeichnet sich eine «schwarze Null» ab. Insgesamt kumulieren sich die Ergebnisse der Laufenden Rechnung auf 34,6 Mio. Franken. Im Vergleich zur Staatsrechnung 2008 steigt in der Laufenden Rechnung in absoluten Zahlen vor allem der Nettoaufwand für die Bildung (17,9 Mio. Franken), die Gesundheit (10,6 Mio. Franken) sowie die soziale Wohlfahrt (7,9 Mio. Franken). Das relative Wachstum der Staatsausgaben (Zunahme des Nettoaufwandes in Prozent) ist am höchsten in den Bereichen Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit (20,1 Prozent), Bildung (15 Prozent) und Verkehr (12,8 Prozent). Darin widerspiegeln sich die Schwerpunkte der Legislaturziele des Regierungsrates, nämlich die Stärkung des Wohn- und Wirtschaftsstandortes Schaffhausen, die Verbesserung der Verkehrsanbindung und des öffentlichen Verkehrs sowie das Sicherstellen und gezielte Ausbauen des Bildungsstandortes.

Auf der Einnahmenseite wirkt sich die wirtschaftliche Situation bei den Steuereinnahmen und hier insbesondere den Steuereinnahmen der juristischen Personen sowie den Kantonsanteilen an den Bundeseinnahmen aus. Die Steuern der natürlichen Personen werden im Jahr 2010 auch aufgrund des Ausgleichs der kalten Progression stagnieren und in den Folgejahren nur mässig wachsen. Bei den Steuern der juristischen Personen kann voraussichtlich erst gegen Ende der Finanzplanperiode und unter Annahme einer wirtschaftlichen Erholung ab 2011 mit höheren Erträgen gerechnet werden. Die Kantonsanteile an den Bundeseinnahmen sind konjunktursensitiv. So bezahlen die juristischen Personen drei Viertel der im Kanton Schaffhausen eingenommenen direkten Bundessteuern.

In der Finanzplanperiode 2010 – 2013 sind Investitionen von 170,6 Mio. Franken vorgesehen. Nach Abzug der Einnahmen von 36,4 Mio. Franken führt dies zu Nettoinvestitionen von 134,2 Mio. Franken. Schwerpunkt der Nettoinvestitionen bilden der Verkehr mit 53,2 Mio. Franken sowie die Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit mit 21,3 Mio. Franken, gefolgt vom Bereich Verwaltung, Gemeinden und Aussenbeziehungen mit 20,0 Mio. Franken. Die hohen Investitionen führen zu einem steigenden Abschreibungsbedarf, der sich dann auch auf die Budgets und Rechnungen der folgenden Finanzplanperioden auswirken wird.

Unter Berücksichtigung der Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von kumuliert 76,3 Mio. Franken resultiert in der Planperiode ein Finanzierungsfehlbetrag von 92,5 Mio. Franken. Die kumulierte Selbstfinanzierung der Nettoinvestitionen beträgt in der Planperiode 31,0 Prozent.

Die Beurteilung des Finanzplanes 2010 – 2013 muss differenziert ausfallen. Das Haushaltsziel der mittelfristig ausgeglichenen Rechnung kann grundsätzlich erreicht werden, dürfte es doch gegen Ende der Finanzplanperiode gelingen, den Haushalt ausgeglichen zu gestalten. Nach den Haushaltüberschüssen in den Jahren 2004 – 2008 von kumuliert 182,4 Mio. Franken muss aber aufgrund der Wirtschaftslage mit einer dreijährigen Periode mit Fehlbeträgen in der Laufenden Rechnung gerechnet werden. Bei der angenommenen wirtschaftlichen Erholung ab 2011 kann für das Jahr 2013 – aufgrund des heutigen Planungsstandes – eine ausgeglichene Rechnung erwartet werden. Dies ist ein Anzeichen, dass die Defizite in der Planperiode primär auf konjunkturelle und nur sekundär auf strukturelle Gründe zurückzuführen sind. Es muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass der Finanzplanungsprozess bedeutet, vorgesehene oder wünschbare Ausgaben und Investitionen auf ihre Berechtigung zu untersuchen, zu priorisieren und mit den finanziellen Realitäten und den finanzpolitischen Zielen in Einklang zu bringen. In diesem Sinn nehmen Budget und Finanzplan Aufgabenüberprüfungsprogramme vorweg. Der vorliegende Finanzplan ist denn auch das Ergebnis eines intensiven Ringens um das Notwendige und Machbare.

Eine angemessene Selbstfinanzierung der Investitionen ist – wie der Finanzplan zeigt – nur möglich, wenn die Laufende Rechnung ausgeglichen oder positiv abschliesst. Das ist in den Jahren 2010 – 2012 nicht der Fall; dementsprechend weisen diese drei Jahre eine ungenügende Selbstfinanzierung zwischen 8 Prozent (2011) und 24,7 Prozent (2012) aus. Eine ausreichende Selbstfinanzierung wird erst wieder 2013 mit einem Selbstfinanzierungsgrad von knapp 80 Prozent erreicht. Die Finanzierungsfehlbeträge kumu-

lieren sich auf insgesamt 92,5 Mio. Franken. Aufgrund der hohen Finanzierungsüberschüsse in den Vorjahren kann dies angesichts der wirtschaftlichen Situation in Kauf genommen werden. Wesentlich ist aber auch hier, dass sich ab 2013 eine Besserung abzeichnet. Zudem sind die Investitionsausgaben mit rund 171 Mio. Franken in der Planperiode sehr hoch.

Der Finanzplan 2010 – 2013 ist geprägt von der wirtschaftlichen Situation. Der Kanton Schaffhausen ist aufgrund der guten Rechnungsergebnisse in den letzten Jahren und der Stärkung des Eigenkapitals in der Lage, die wirtschaftliche Schwäche zu überbrücken. Aufgrund der derzeitigen Beurteilung ist das finanzpolitische Ziel der mittelfristig ausgeglichenen Laufenden Rechnung sowie der angemessenen Selbstfinanzierung der Investitionen ab 2013 möglich, wenn sich die Wirtschaft wie erwartet ab 2011 erholt.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beantragen Ihnen, vom vorliegenden Bericht Kenntnis zu nehmen.

Schaffhausen, 8. September 2009

Im Namen des Regierungsrates
Der Vizepräsident:
Heinz Albicker

Der Staatsschreiber:
Dr. Stefan Bilger